

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der

SATV

Sozialistische Alternative

FORUM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Nr. 194 November 1997

Bilfigs Löhner?

Nein Dank!

Seit dem Scheitern der Steuerreform wird weiter über „den Standort Deutschland“ schwadroniert. Den **vereinzelten** Rufen nach Lohnerhöhung angesichts von Exportboom und Rekord-

Profiten der Konzerne wurde eine strikte Absage von Untertunemverbänden und Regierung erteilt. Arbeitgeber-

berpräsident Hundt hatte eine bessere Idee: den Kombi- blich. Viele Arbeitslosen fehlte die rechte Lust an der Arbeit, speziell geringere Qualifizier-

Thorsten Sting, IGM-Mitglied, Siegen

Der Abstand zwischen Sozialhilfe und unteren Lohngruppen sei zu gering, da fehle der Anreiz, malochen zu gehen. Deshalb müsse übrigens auch die Sozialhilfe gekürzt werden usw.

Der Kombi lohn beinhaltet die volle Sozialhilfe und den Lohn

schäftswoche, 2. 10. 97). Deutlicher kann man die Absichten der Unternehmer nicht auf den Punkt bringen.

Dabei ist in den letzten Jahren der Bereich von schlechtbezahlten und ungeschützten Arbeitsverhältnissen stark angestiegen. Die Anzahl der sogenannten 610-DM, im Osten 520 DM-Jobs, hat sich in den letzten Jahren verdoppelt und beträgt laut DGB 6 Millionen Menschen.

Da bei diesen Arbeitsverhältnissen keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, haben die Arbeitnehmer auch keinen Anspruch auf Rente. Diese 610 DM-Jobs sind gerade im Einzelhandel oftmals an die Stelle von Vollzeitstellen getreten. Die Forderung nach Niedriglohngruppen zielt deshalb gerade auf den Dienstleistungssektor.

Dort soll das realisiert werden, was in den USA trauniger Alltag für Millionen von Beschäftigten ist. Dort packen für 6-7 Dollar die Stunde ehemalige gut qualifizierte Arbeitnehmer Fleisch in Tüten, oder räumen bei McDonalds die FischMac's weg. Die-

„Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken. Deshalb hatte ich es für sinnvoll, über den Kombi lohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen.“
(DIHT-Chef Stihl, Wirtschaftswocde, 2. 10. 97).

vom Arbeitgeber. Bisher wurde der zusätzliche Verdienst auf die Sozialhilfe angerechnet, so daß davon nicht viel übrig blieb.

Nach den Vorstellungen von Hundt sollen die Arbeitnehmer 30 Prozent unter Tarif bezahlt werden! Das Schicksal der Langzeitarbeitslosen wird von den Unternehmen dazu genutzt, um die Löhne weiter abzusenken. Dazu DIHT-Chef Stihl: „Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken. Deshalb habe ich es für sinnvoll, über den Kombi lohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen.“ (Wirt-



Die Beschäftigten des UPS-Paketdienstes in den USA haben gegen die Niedriglöhne gekämpft. Die DGB-Gewerkschaften sollten auch den Kampf gegen die wachsende Billigarbeit aufnehmen, anstatt sich auf Verhandlungen über „Einstiegslohne“ oder „Kombi lohne“ einzulassen.

Lohndrückerei trotz Rekordgewinnen

Die Volkswagen AG hat bereits in den ersten neun Monaten dieses Jahres das Ergebnis des gesamten Vorjahres übertraffen. Von Januar bis September stieg der Umsatz um 12,8 Prozent auf 84 Milliarden Mark. Die Konzerngewinne nach Steuern stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um sagenhaft 83,2 Prozent auf 852 Millionen Mark – eine Rekordbilanz in der Konzerngeschichte.

Bei 12 Prozent höheren Umsätzen 80 Prozent gesteigerte Gewinne bedeutet, daß die Gewinnsteigerung nicht aus dramatisch erweitertem Absatz, sondern aus Intensivierung der Arbeit, Lohndrückerei und ver-

schräfter Ausbeutung der Belegschaft gekommen ist.

Ein ähnliches prächtiges Geschäftsjahr bis September hat die Deutsche Bank gemeldet. Ihre Gewinne vor Steuern stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 3,05 Milliarden auf 4,67 Milliarden Mark. Allein durch den Aktienhandel verdienten die Deutschbanker 2,2 Milliarden Mark an Provisionen (Vorjahr: 1,5 Milliarden). Auch dies sind neue Bilanz-Rekorde.

Auf ähnliche Rekordergebnisse kamen nach dem Ende des dritten Quartals viele Großkonzerne. Dennoch hört das Gerede von zu hohen Löhnen, Unternehmensteuern und Sozialleistungen nicht auf.

Nein zum EUROPA der Banken und Konzerne

Der ganz normale Wahnsinn des Kapitalismus

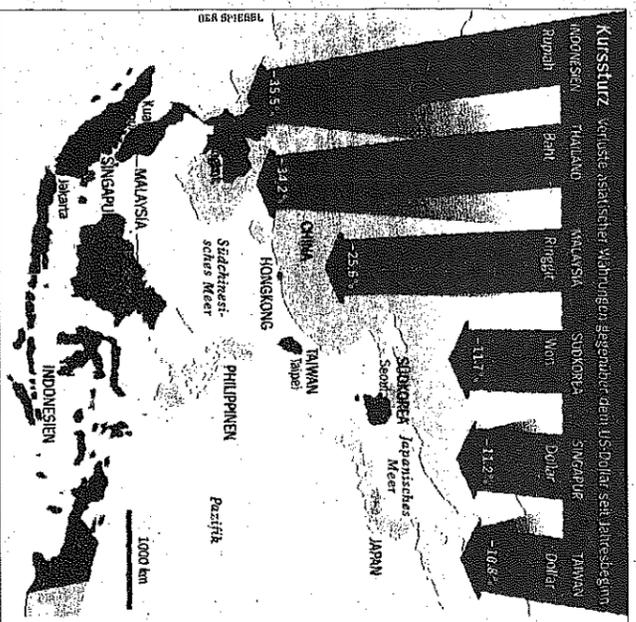
Südostasien befindet sich in einer strukturellen Krise: bei uns sind die wirtschaftlichen Fundamentaldaten in Ordnung – so tönte anläßlich der jüngsten Turbulenzen auf den Finanzmärkten nicht nur Theo Waigel sondern auch andere Politiker und Wirtschaftsexperten. Bis Oktober haben sie uns noch genau das Gegenteil verkündet: Südostasien sei der Wachstumsmarkt und das Modernisierungsvorbild schlechthin; Deutschland und Europa haben strukturelle Probleme. Aber was interessiert sie ihr Geschwätz von gestern, wenn es heute vor allem darauf ankommt, Beruhigungsspillen zu verabreichen. Der wahre Kern daran ist: nicht nur diese oder jene Region, das kapitalistische System hat strukturelle Probleme.

Angela Bankert, Köln

US-Notenbankchef Greenspan prices den Kurssturz als „heilsame Korrektur“. Es habe da gewisse Übertreibungen gegeben, die korrigiert werden mußten, „die Basis ist gesund“ verkündet der EU-Kommissar Leon Brittan. „In einem halben Jahr werden wir uns kaum noch an den Absturz erinnern.“ meint US-Professor Tharow. Also ist die Welt wieder in Ordnung im globalen Kasino-Kapitalismus? Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Denn nichts stimmt mehr in diesem Kranken System. Die Börsenturbulenzen könnten sich als Vorboten für eine dramatische Weltwirtschaftskrise erweisen.

Südostasien

In Südostasien stürzte seit Au-



gust in einer Art Domino-Effekt ein Staat nach dem anderen in die Krise, angefangen von Thailand über Malaysia, Philippinen, Indonesien, Südkorea bis Hongkong und Singapur. Die meisten Staaten mußten unter dem Druck des internationalen Geldkapitals ihre feste Bindung an den Dollarkurs aufgeben, die Börsen stürzten gegenüber ihren Jahres-Höchstwerten um bis zu 40 Prozent ab. Die festen Kurse waren deswegen wichtig, um ausländischen Investoren Stabilität zu garantieren, denn der Boom war zum großen Teil von ausländischem Kapitalzufluß finanziert. Mit steigendem Dollar verteuerten sich die Exporte und die Kreditrückzahlungen.

Mit der krisenbedingten Abwertung standen sie dann kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Um weiteren Kapitalfluß zu vermeiden, wurden die Zinsen drastisch erhöht, z.B. in Hongkong auf zeitweise 300 Prozent Zinsen für Tagesgelder. Diese drückte Kreditnehmern die Luft ab und hat schon jetzt in der Region zu Firmenschließungen, Entlassungen, Verarmung und Bankpleiten geführt. In Indonesien wurden 16, in Thailand gar 50 Banken geschlossen. Auch in Hongkong stehen Bankpleiten an: 45 Prozent aller Bankkredite stecken im Immobilienktor. Doch die inflationären Immobilienpreise sind schon jetzt um 10 Prozent gefallen, erwartet wird ein Rückgang von 25 bis 30 Prozent, womit die Banken viele Kredite abschreiben müssen. Um den Staatsbankrott abzu-

Das sind die Spielregeln im ganz normalen Wahnsinn des Kapitalismus. Das Wirtschaftswachstum in Südostasien war rückläufig, die Exporte sanken, die Verschuldung stieg, Währung und Aktien waren überbewertet, die Ausichten auf Besserung bei weltweit schwächerer Konjunktur waren nicht gut. Soros war einer der ersten, der auf diese Fundamentaldaten reagierte, sein Kapital abzog und in US-Staatsanleihen umschichtete.

Lateinamerika

Die Krise in Südostasien zeigt nur, daß es auch mit Billiglohn, Flexibilisierung, Exportoffensiven, Unterdrückung der Gewerkschaften, „Fleiß“ und „Bescheidenheit“ nicht möglich ist, den krisenhaften Tendenzen des Kapitalismus auf Dauer zu entkommen. Die Krisenpotentiale haben sich überall in ähnlicher Weise angehäuft.

In Lateinamerika brach 1995 die mexikanische Wirtschaft in ganz ähnlicher Weise ein wie jetzt in Südostasien. Die Folge ist heute: 30 Prozent Absenkung des ohnehin mageren Lebensstandards auch dort.

Auch jetzt kann Lateinamerika, dessen wirtschaftliche Abhängigkeit vom internationalen Kapital in den letzten Jahren gestiegen ist, leicht in den Strudel gezogen werden. Mexiko erlebte im Oktober schon wieder die tiefste Peso-Abwertung seit 95 und den schwersten Börsenbruch seit 87. Das Schlüsselband des Kontinents, Brasilien, kämpft ebenfalls gegen die Abwertung seiner Währung und Börsenbrüche. Eine lateinamerikanische Krise würde unweigerlich die USA hineinziehen, deren Wirtschaft durch Exporte, Kapitalanlagen und Kreditvergabe dorthin eng mit dieser Region verknüpft ist.

Japan

Krisenhaft und instabil sind auch die Entwicklungen in Japan, immerhin eine tragende Säule der kapitalistischen Weltwirtschaft. Japan hat Ende der 80er Jahre einen ganz ähnlichen spekulativen Boom erlebt wie bis vor kurzem die Tigerstaaten, mit überhöhten Aktien- und Immobilienwerten. Die Folge war eine fünfjährige Rezession bzw. Stagflation, von der sich Japan bis heute nicht erholt hat. Trotz massiver staatlicher Konjunkturprogramme – 940 Milliarden DM wurden von 92-95 in die Wirtschaft gepumpt – reichte es nur für ein kurzes Konjunkturhoch im abgelaufenen Jahr, das für 97/98 schon wieder auf 1,5 Prozent absinkt. Aus dem Spekulationsboom sitzen die japanischen Banken immer noch auf faulen Krediten von geschätzten 800 Milliarden Dollar.

Die Krise der Tigerstaaten, wo Japan stark engagiert ist, verschärft die Lage zusätzlich. Japanische Bankkredite an Thailand betragen 37,5 Milliarden \$, an Indonesien: 22 Milliarden \$, die 10 größten Geldhäuser Japans sind in Hongkong enga-

giert. Mehr als ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen stammt von japanischen Großfirmen, die dort einen wichtigen Absatzmarkt hatten. Jetzt ist Japan mehrfach gebeten: der Markt der Tigerstaaten bricht ein, die Kapitalanlagen dort sind durch die Abwertung weniger wert, noch mehr faule Bankkredite sind vielleicht uneinbringbar.

Japan ist der größte internationale Geldgeber und hält einen großen Teil US-Staatsanleihen. Wenn Japan international angelegte Gelder abziehen muß – wie es jetzt die Tigerstaaten tun, indem sie u. a. an europäischen Börsen verkaufen, um mit dem freiwendenden Kapital zu Hause die Löcher zu stopfen – dann würde das die USA und die Weltwirtschaft insgesamt in die Krise hineinziehen.

Finanzmärkte heben ab

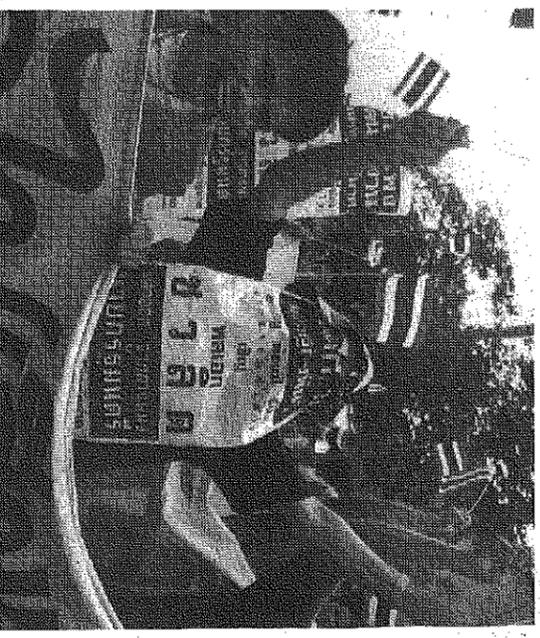
Hintergrund für all diese Entwicklungen ist die immer krisenhaftere Entwicklung der Realwirtschaft. Seit Mitte der 70er Jahre sind die Zuwachsraten von einem Konjunkturklus zum nächsten immer schwächer geworden. Wenn schon die Fundamentaldaten von z.B. Hongkong mit nur 5 Prozent Wirtschaftswachstum dieses Jahr schlecht sind, was ist dann von 3 Prozent Wachstum in den USA, 1,5 in Japan, 1-2 in Europa zu halten?

Der weltweite Konjunkturaufschwung seit 1992 war der schwächste der Nachkriegszeit. Die neoliberale Politik von Lohnsenkung und Sozialabbau, wie sie in Europa mit den Maastriech-Kriterien noch zuspitzt wird, stranguliert die Binnenkonjunktur weiter. Jeder hofft auf verstärkte Exporte in andere Länder, dadurch verschärfen sich die internationale Konkurrenz und die Handelsspannungen, die leicht in Handelskriege umschlagen können.

Zwar fahren die Unternehmen und Banken Rekordgewinne ein, doch dies nicht durch Ausdehnung der Warenproduktion, sondern vor allem durch Rationalisierung, Abbau und Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitnehmererschaft. Wohin mit den Gewinnen? Nicht in der Produktion, sondern in Vermögenswerten: Aktien und Immobilien. Dies hat enorme Spekulationswellen ausgelöst und eine Inflation der Aktienpreise, z.T. auch der Immobilienpreise.

Die Hongkong-Börse hat seit dem letzten Crash 1987 um 800 Prozent zugelegt. In den USA stieg der Dow Jones um 60 Prozent, in Deutschland der Dax um 30 Prozent in 96 und um 50 Prozent von Januar bis August 1997. Die Unternehmensgewinne sind zwar beachtlich hoch, aber nicht derart schnellwandelend wie ihre Börsennotierungen.

Die Finanzmärkte heben vom Boden der Realwirtschaft ab. 19.000 Milliarden Dollar sind an der internationalen Börsen angelegt. Bei den Top 500 Aktiengesellschaften der USA beträgt das Verhältnis zwischen



Demonstration in Thailand. Die Arbeiterinnen der „Tiger“-Staaten haben genug von der Super-Ausbeutung.

Börsenbewertung und realen Unternehmensgewinn 1:23, ein historischer Höchststand.

Diese Spekulationsblasen müssen eines Tages platzen, ob auf einen Schlag oder in Schüben (wie zuletzt in Japan). Und sie sind durch das jüngste Börsenbeben keineswegs ausgerocknet.

Grundlegende Krise

Die weltweit vagabundierenden Kapitalmassen sind Ausdruck der Verwertungskrise des Kapitals in der Realwirtschaft. Die Ausdehnung der Weltmärkte hält mit den Produktivitätsschüben nicht mit, immer mehr menschliche Arbeit wird aus dem Produktionsprozeß verdrängt. Das führt zu dem Widerstand des Kapitals, nicht um die Selbstverwertung des Kapitals, nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen, es geht nur um genügend profitable Anlagemöglichkeiten. Wo

sie nicht bestehen, schließen Betriebe, werden Menschen arbeitslos, spielt das Kapital lieber an den internationalen Finanzmärkten.

Durch die Globalisierung der Finanzmärkte, durch die angestauten Krisenpotentiale in allen Regionen der Welt, durch den flauen und zuendegehenden Konjunkturzyklus ist es möglich, daß sich das Börsenbeben zu einer globalen Krise der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft ausweicht. Der US-Notenbankchef Alan Greenspan sagte: „Wir sollten uns daran gewöhnen, daß solche Perioden des Aufruhrs zur Normalität gehören.“ Wir sollten uns an den ganz normalen Wahnsinn des Kapitalismus gewöhnen. Die Folgen haben aber nicht nur die Börsenryppies zu tragen, sondern die Masse der Bevölkerung: durch Firmenkollapsen, Bankenkrisen, steigende Arbeitslosigkeit. Nicht nur in Südostasien, sondern weltweit wird sich die Bevölkerung nicht widerstandlos bieten lassen, was dieses kranke System für sie bereithält: Zustände wie in den 30er Jahren

Börsenkrach 1987 und heute

Wie war die Lage beim Börsenkrach 1987?

- Er fand mitten im Aufschwung statt, der Höhepunkt des Konjunkturzyklus war noch nicht überschritten
- Das Volumen der internationalen Finanzmärkte war wesentlich kleiner als heute. Zum Beispiel wurden auf den Devisenmärkten täglich 150 Milliarden Dollar umgesetzt, davon rund 20 Prozent auf Grundlage von realen grenzüberschreitenden Warenhandel
- die Deregulierung der Finanzmärkte hatte gerade begonnen
- ein koordiniertes Eingreifen der Notenbanken zur Erhöhung der Liquidität zeigte Wirkung
- Besonders Japan, aber auch Deutschland legten Konjunkturprogramme auf bzw. erhöhten die Staatsverschuldung zur Ankurbelung der Konjunktur
- Wie ist heute der Hintergrund?
- Die internationale Konjunktur ist viel schwächer und der Zyklus neigt sich dem Ende zu
- das Volumen auf den internationalen Finanzmärkten hat sich seit 1985 verzehnfacht. Heute wechseln 1.500 Milliarden Dollar Devisenbestände täglich den Besitzer; nur noch 2 bis 3 Prozent der Finanztransaktionen dienen Industrie und Handel. An den Weltbörsen sind 19.000 Milliarden Dollar angelegt, 13mal soviel wie 1977. Seit 1987 hat der nominelle Wert der Derivate alle zwei Jahre verdoppelt auf heute 41.000 Milliarden Dollar (zum Vergleich Weltsozialprodukt: 33.000 Milliarden Dollar)
- Die Deregulierung und Unkontrollierbarkeit der Finanzmärkte ist derart fortgeschritten, daß selbst ein koordiniertes Eingreifen wichtiger Notenbanken wenig ausrichten kann.
- Die Reserven Japans und Deutschlands sind durch die japanische Rezession und die deutsche Wiedervereinigung größtenteils weggeschmolzen.

ÖTV-, Netzwerk' gegen Lohnverzicht

Kritische und kämpferische KollegInnen in der ÖTV zu haben sich seit Sommer 96 zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. Sie verstehen sich als innergewerkschaftliche Opposition gegen die Politik des Co-Management der ÖTV-Spitze.

Das dritte bundesweite Treffen des Netzwerks fand im November statt. Teilnehmer konnten berichten, daß die erste Ausgabe der Zeitung auf großes Interesse bei den KollegInnen stieß. Seit dem letzten Treffen sind neue Interessenten zum Netzwerk gestoßen und in weiteren Städten wurden örtliche Gruppen gegründet.

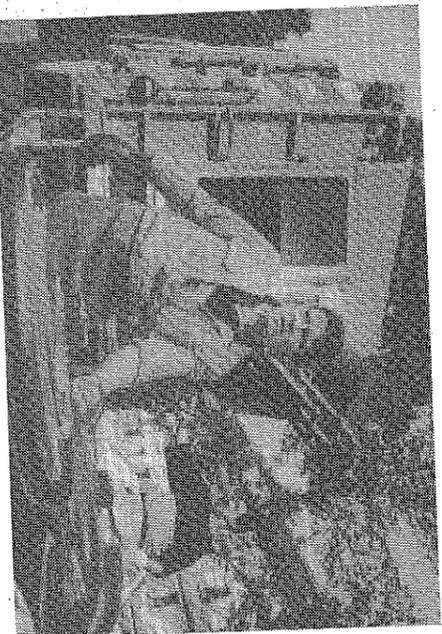
Bei der Sitzung der Großen Tarifkommission im September, als es um das Thema Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ging, hat das Netzwerk eine Protestlobby organisiert.

Das Netzwerk verabschiedete eine Resolution zur aktuellen Tarifrunde. Der Position von Mai und Co. zu Arbeitszeitkonzen, Flexibilisierung und Alterszeitzeit wird die Forderung nach 32-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

und ein Renteneralter von 58 Jahren bei vollen Rentenbezügen gegenübergestellt. Zusätzlich fordert das Netzwerk in dieser Tarifrunde eine Lohnerhöhung von 400 Mark Festgeld für alle. Es wurde beschlossen, eine Spendenkampagne zur Finanzierung der Kosten des Netzwerks zu organisieren. Das nächste bundesweite Treffen soll im März 1998 stattfinden. Dazwischen sollen regionale Treffen organisiert werden. Ende November soll die nächste Netzwerk-Zeitung herauskommen.

Bei der nächsten Sitzung der Großen Tarifkommission ist wieder eine Lobby geplant. Die Ergebnisse des bundesweiten Treffens werden in einem Rundbrief an die Unterstützer verschickt.

Wer Interesse an dem Rundbrief und am Netzwerk hat, kann sich an Angelika Teweleit, Weiße Breite 50, 34130 Kassel, Tel. (0561) 69646, wenden.



Seit Jahren Reallohnverlust im öffentlichen Dienst. Es ist an der Zeit, das zu ändern.

Tasari sein freigesprochen!

Der Prozeß gegen den Siemensarbeiter Hasan Celik erregte vor dem Amtsgericht Berlin-Moabit mit einem Freispruch! Dies ist ein Erfolg für alle GewerkschaftlerInnen und AntirassistInnen.

Erinnern wir uns: Nach der Demonstration der IGM gegen den Sparhaushalt der Bonner Koalition am 27. 6. 96 marschierten etwa 1000 KollegInnen der Siemenswerke in Berlin-Gartenfeld zurück zum Werk. Der Polizeiführer gab ihnen die Begrüßung: „Rädelstirner“ dieser angemeldeten Demo festzustellen. Im folgenden Gerangel wurden 15 – ausschließlich türkische – KollegInnen verhaftet.

Anschließend „Deeskalations-Gespräche“ zwischen IGM und dem Polizeipräsident führten dazu, daß die Anzeigen der verletzten KollegInnen und Kollegen nicht weiter verfolgt wurden.

Doch bald darauf wurden auf Betreiben der Staatsanwaltschaft der Kollege Christian Herwartz wegen „Beleidigung einer Polizeibeamtin“ und der Siemensarbeiter Hasan Celik per Strafgehalt zu 30 Tagessätzen verurteilt. Dies hätte auch

für seinen Aufenthaltsstatus Folgen gehabt. Nach dem ersten Widerspruchsprozess am 19. 10. 97 wurde vielen ProzeßbeobachterInnen der gewerkschaftsfeindlichen und rassistische Hintergrund dieses Prozesses deutlich.

Dank zusätzlicher Zeugen und breiterer Öffentlichkeit gelang es, bei dem Fortsetzungsprozeß am 27. 10. die Unhaltbarkeit der Vorwürfe wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung“ des Kollegen Hasan Celik deutlich zu machen. Obwohl der Staatsanwalt sogar unverschämterweise die Erhöhung der 30 Tagessätze auf jeweils 70 DM verlangte, blieb dem Richter nichts anderes übrig als auf Freispruch zu Lasten der Staatskasse zu entscheiden. Dies wurde von den ProzeßbeobachterInnen mit Beifall quittiert.

Nach diesem Erfolg geht es darum, die verantwortlichen Polizisten und deren Hintermänner für den rassistischen Überfall auf die Arbeiterdemonstration nicht ungeschoren davonkommen zu lassen. Unrätlich ist hierzu, die Verurteilung des Kollegen Christian Herwartz rückgängig zu machen.

Diskussion um die „Erfurter Erklärung“ Kohl muß weg, aber wie?

Als Antwort auf die Frage, wie Kohl abgelöst werden kann, wurde im Januar 97 die sogenannte „Erfurter Erklärung“ veröffentlicht, unterzeichnet von WissenschaftlerInnen, TheologInnen, KünstlerInnen und einigen Gewerkschaftsfunktionären. Anfang Oktober fand ein Kongreß statt, bei dem über die weiteren Perspektiven diskutiert wurde. Rund 1000 Menschen kamen nach Erfurt, um mit Vertretern von SPD, Grünen und PDS über die Erfurter Erklärung und eine mögliche Zusammenarbeit der drei Parteien nach der nächsten Bundestagswahl zu diskutieren.

Stephan Kimmeler, Stuttgart

Die Hauptforderungen der Erfurter Erklärung sind eine neue Regierung, eine andere Politik und die Zusammenarbeit der drei Oppositionsparteien. Allein die Tatsache, daß schon 43.000 Menschen die Erklärung unterschrieben haben, zeigt, daß die Initiatoren der Erfurter Erklärung wichtige und richtige Fragen aufgeworfen haben. Allerdings geben sie keine wirklichen Antworten.

In der Erfurter Erklärung wird von einem Epochenwechsel gesprochen. Dieser Epochenwechsel wird an der wachsenden Arbeitslosigkeit, an steigender Staatsverschuldung, die „den Reichtum der Banken und Besitzer großer Geldvermögen vermehrt“ festgemacht. Dies alles gefährde die „soziale Demokratie“.

Doch sie benennt nicht die wirklichen Ursachen für diese Entwicklungen: die sich verschärfende Weltmarktkonkurrenz, die schrumpfende produktive Basis der Wirtschaft, wo keine ausreichende hohen Renditen mehr erzielt werden und deswegen das Kapital in Spekulation statt Produktion „investiert“ wird. Der Epochenwechsel besteht vor allem in der wirt-

schaftlichen Dauer-Krise des Kapitalismus, die den Spielraum für Zugeständnisse an die arbeitende Bevölkerung mehr und mehr einengt.

Anstatt die kapitalistische Produktionsweise zu kritisieren, erweckt die Erfurter Erklärung die Illusion, es könne mit den Kapitalisten ein Zurück zu den guten Zeiten von „Sozialpartnerschaft“ und Sozialreformen gehen. Das wird in dem Satz deutlich: „Was in den fünfziger Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?“ Auf kapitalistischer Grundlage ist dies eben nicht wiederholbar, denn die fünfziger Jahre waren die Zeit enormen Wirtschaftswach-

tums, was heute nicht der Fall ist. Allein die Existenz von Reichtum bedeutet nicht, daß er auch im Interesse der Allgegenheit eingesetzt wird. Dazu bedarf es einer grundlegenden Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Nur dann kann das Motto: „Eigentum verpflichtet“ auch durchgesetzt werden.

APO oder ...

Die Erfurter Erklärung fordert eine außerparlamentarische Opposition, ohne zu erklären, wie diese aussehen soll. Feststellbar ist bisher nur eine Orientierung an den etablierten Parteien, vorrangig an SPD und Bündnis 90/Grüne als mögliche Träger von Veränderungen. Dabei lassen die VerfasserInnen außer acht, daß es international zu einem Rechtsruck der sozialdemokratischen und „sozialistischen“ Parteien kam und daß diese Parteien überall Sozialabbau und Kürzungspolitik betreiben. In der Erklärung heißt es: „Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.“

Doch daß die SPD-geführten Landes- und Kommunalregie-

rungen das Volk ebenso als Gegner betrachten wie die Kohl-Regierung, wird mit keinem Wort erwähnt. Der Prozeß liegt gerade darin, daß eine SPD-geführte Bundesregierung nur die Fortsetzung der CDU-Politik mit anderen Mitteln bedeuten wird.

Eine öffentliche Debatte löste die Erfurter Erklärung vor allem aus, weil sie offensiv die Zusammenarbeit von SPD und Bündnis 90/Grüne mit der PDS einforderte. Doch bei dem Kongreß im Oktober schafften es die unter Druck gesetzten Parteien SPD und Grüne, vertreten durch Tritsin und Thierse, den einzigen verbliebenen Stein des Anstoßes zumindest zu entschärfen: Die geforderte Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS, die noch in der Erfurter Erklärung enthalten ist, taucht in der Abschlusserklärung des Kongresses, dem Erfurter Appell, überhaupt nicht mehr auf.

Nach Angaben der Erfurter

Erklärer gibt es mittlerweile 250 regionale Gruppen. Bei den Veranstaltungen in Ost-Deutschland kam es allerdings fast jedesmal dazu, daß die TeilnehmerInnen die Gründung einer SPD-geführten Bundesregierung nur die Fortsetzung der CDU-Politik mit anderen Mitteln bedeuten wird.

Eine öffentliche Debatte löste die Erfurter Erklärung vor allem aus, weil sie offensiv die Zusammenarbeit von SPD und Bündnis 90/Grüne mit der PDS einforderte. Doch bei dem Kongreß im Oktober schafften es die unter Druck gesetzten Parteien SPD und Grüne, vertreten durch Tritsin und Thierse, den einzigen verbliebenen Stein des Anstoßes zumindest zu entschärfen: Die geforderte Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS, die noch in der Erfurter Erklärung enthalten ist, taucht in der Abschlusserklärung des Kongresses, dem Erfurter Appell, überhaupt nicht mehr auf.

... Opa?

Konfrontiert mit diesen Aufgaben wurde bei der Gründung einer Gruppe zur Unterstützung der Erfurter Erklärung in Stuttgart nur deutlich, daß niemand

der Anwesenden solche Aufgaben angehen will. War beim Kongreß in Erfurt ein Großteil weit über 40, so trifft das auch auf die Stuttgarter Gruppe zu. Eine etwas müde Ansammlung alterdienter Linker drückte ihre Hoffnung auf einen Regierungswechsel hin zur SPD aus. Flamme Begeisterung konnte allerdings selbst von den Anwesenden niemand dafür aufbringen, war doch zu klar, was von solch einer Regierung zu erwarten ist.

„Die APO Erfurt sollte sich lieber OPA nennen“, kommentierte einer der wenigen anwesenden Jugendlichen in Erfurt die Zusammensetzung. Ohne politische Umorientierung wird es kaum gelingen, aus den Erfurter Diskussionszirkeln lebendige Initiativen vor Ort zu machen, die wirklich Einfluß gewinnen könnten. So werden weder Jugendliche noch Opas hinterm Ofen hervorzulocken sein.

oben ...



Bank-Tricks

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank ist seit 1985 von 237 Milliarden auf 886 Milliarden DM gestiegen. Gleichzeitig zahlt sie immer weniger Ertragssteuern. Führt sie 1985 schon damals lächerliche 0,7 Prozent dieser Summe an Ertragssteuern ab, so waren es im letzten Jahr gar nur noch 0,3 Prozent. Die Tricks der Deutscherbank: Übernahme von Kreditrisiken der DB-Auslandsöchter und großzügige Werberbeiträge, was beides steuerminierend geltend gemacht wird.

(Spiegel 44/97)

Märchen über Afghanistan

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts haben afghanische Asylbewerber keinen Anspruch auf Asyl in der BRD. Eine politische Verfolgung im Sinne des Asylrechts könne es dort nicht geben, weil kein richtiges Staatsgebilde existiere. Dieses Urteil ist eine Verhöhnung tausender afghanischer Frauen, die täglich mit dem Straß der Taliban-Fundamentalisten konfrontiert sind. Dieser Staat verbietet ihnen, am öffentlichen Leben teilzunehmen, sie müssen sich total verschleiern, dürfen nicht arbeiten, neuerdings werden Frauen nicht einmal mehr in Krankenhäusern behandelt. Verstöße gegen diesen Wahnsinn werden mit Prügel, Verhaftungen und Steinigungen beantwortet. Nicht nur Frauen sind betroffen, inzwischen werden auch Männern auf der Straße die Haare abgeschnitten, weil in einer Strickle „der Teufel wohnen“ könnte. Leider hat das Bundesverwaltungsgericht den Vertretern der Taliban vergessen zu sagen, daß sie gar kein Staat sind und daher auch nicht beaufwaffnet ihre Macht durchsetzen dürfen.

FDP an der Heimatfront

In ihrem unermüdeten Kampf gegen Luxus-Löhne ist die FDP auf ein Hindernis gestoßen. Ein Pfortner und ein Bote ihrer Partezentrale haben die dort verordnete Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent nicht akzeptiert. Daraufhin kündigte die FDP den beiden, ihr Anwalt meinte, ein „Gesichtsverlust“ (!?) für die FDP würde drohen, wenn man nicht einmal die eigenen Mitarbeiter dazu bringen könne, der Kürzung zuzustimmen. Das Landesarbeitsgericht Köln lehnte die Kündigung jedoch ab, die FDP verzichtete auf einen Kommentar.



... wir hier unten

Fischer und Scharping: mit solch einer zahmen Erfurter Erklärung können sie gut leben.

Privatisierungen bei der Post

Fairer Wettbewerb? Nicht im Angebots!



Das aktuelle Motto der Postgewerkschaft: Aber wo hat es jemals fairen Wettbewerb gegeben?

„Liebe Bürgerinnen und Bürger, Ihre Post steht auf dem Spiel“. Das war die Überschrift eines Briefes von der Deutschen Postgewerkschaft, den ich Mitte Oktober in meinem Briefkasten vorfand. Eine Woche davor hatten 50.000 Postler in Bonn gegen das neue Postgesetz demonstriert. Es ist gut, wenn die Gewerkschaften bei den Privathaushalten nach Verbündeten im Kampf gegen die Kohl-Regierung suchen.

Ursel Beck, Köln

Auch ich bin von den Folgen der Privatisierung betroffen: Weil mein Briefträger einen größeren Zustellbezirk hat, be-



50.000 Postler demonstrieren am 8. Oktober in Bonn

komme ich die Post jetzt erst später. Der nächste Briefkasten wird seltener geleert als früher. Die Schlangen vor den Schaltern meines nächsten Postamtes sind oft ewig lang, weil beim Schalterpersonal gespart wird. Außerdem gibt es Gerüchte, daß mein Postamt bald geschlossen

In den letzten Jahren gab es massive Kürzungen im Gesundheitswesen, von denen gerade chronisch kranke Menschen betroffen sind. VORAN sprach mit Sigl, 23 Jahre, Pflegehelfer aus Aachen. Das Interview führte Holger Droge, Krankengeschwüler und öst-Mitglied.

VORAN: In welcher Art Heim arbeitest Du?

SIGL: Ich arbeite in der Betreuung verwirrter alter Menschen. In dem Wohnbereich, in dem ich arbeite, leben 17 Bewohner. Alle sind auf ständige Hilfe bei allen Aktivitäten des täglichen Lebens angewiesen.

Wieviel Personal steht Euch zur Verfügung?

In der Regel jeweils drei Leute für Früh- und Spätdienst. Nachts werden alle Wohnbereiche zusammen betreut. Das heißt dann: drei Kolleginnen für etwa 140 Bewohnerinnen. Das Personal schon knapp ist, sind häufig auch nur zwei Kolleginnen im Spätdienst. Aber auch zu dritt bleibt keine Zeit für Betreuung. Die Bewohnerinnen werden nur pflegerisch

kämpfen.

Aber leider ist in dem Brief davon keine Rede. Stattdessen werde ich aufgefordert, mich an meinen Ministerpräsident zu wenden und ihn zu bitten im Bundesrat gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Die Führung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) kann nicht so naiv sein, zu glauben, daß ich einfach bei meinem Ministerpräsident anrufen kann, geschweige denn er sich durch Briefe beeindrucken läßt. Außerdem sind die SPD-geführten Länder nicht grundsätzlich gegen eine weitere Aufhebung des Postmonopols, nur nicht in dem Ausmaß und mit dem Tempo wie die Kohl-Regierung.

Das schlimmste an dem Brief der DPG ist aber, daß sie nicht mal selbst gegen eine weitere Privatisierung ist. „Fairer Wettbewerb – ja – Post zerstören“ lautet die aktuelle Parole der Postgewerkschaft. Wo gibt es bitte in diesem Wirtschaftssystem „fairen Wettbewerb“? Was ist fair daran, wenn einer kleinen Minderheit von Aktionären die Betriebe gehören und sie andere für sich arbeiten lassen? Was ist fair daran, wenn die Verlierer im Wettbewerb immer die Belegschaften und die Normalkunden sind?

„Mit fairem Wettbewerb hat Rosenpickerei nichts zu tun“, heißt es in dem DPG-Brief. Aber gibt es in dieser Gesellschaft ein einziges Beispiel, wo Privatunternehmen etwas unternehmen, ohne Profit zu machen? Kein Privatunternehmen wird jemals bereit sein, in abgelegene Dörfer für 1,10 Briefe zuzustellen. Selbst zu Zeiten, als die Marktwirtschaft noch sozialer war als heute, hat es nie einen fairen Wettbewerb gegeben. Warum sollte er ausgerechnet heute möglich sein?

Wettbewerb, spricht Konkurrenzkampf um den hochdotierten Profit, ist die Ursache von Massenarbeitslosigkeit und Lohnrückerei. Wenn es Millionen von Arbeitslosen gibt, wird Arbeitslosigkeit zu einem wesentlichen Faktor im Wettbewerb. Arbeitslose sind gezwungen, in Konkurrenz zueinander zu treten und als Konkurrenz zu den Noch-Beschäftigten aufzutreten. Sie müssen ihre Arbeitskraft so billig wie möglich verkaufen. Das ist die Grundlage für die unsicheren und unterzahlten Arbeitsplätze bei privaten Paketsendern wie UPS, bei den Klitschen, die die sogenannten Tumschuhbrügden organisieren, und bei den Pseudosubunternehmen. Die Antwort der Gewerkschaften darf nicht sein „Wettbewerb ja, aber bitte fair“. Es muß klipp und klar gemacht werden, was Privatisierung und Wettbewerb unweigerlich zur

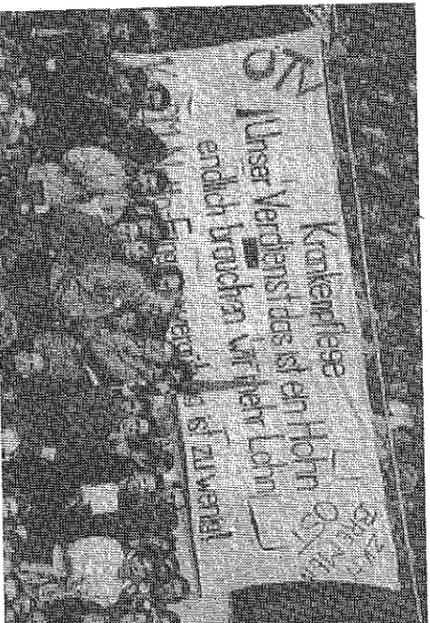


Privatisierung bringt Verschlechterung für Beschäftigte und Kunden: Die Zustellbezirke der Post werden immer größer.

ze Kuckident benutzt. Eines Tages beobachtete mich meine Stationsleitung dabei und schmauzte mich an: „Du nimmst eine ganze Kuckident? Eine halbe genügt auch. Eine ganze können wir uns nicht leisten.“

keine Zeit. Die Menschen werden auf ihre Grundbedürfnisse Schläfen, Essen, Ausscheiden reduziert. Für mehr gibt es keine Mittel. Wie haben sich die Kürzungen im Gesundheitswesen bislang bei Euch ausgewirkt? Generell werden immer weniger qualifizierte Altenpfleger beschäftigt, sondern mehr und mehr Aushilfen auf 610-DM-Basis. Auch die Festsätze für Hilfsmittel wie Windeln, Einlagen, Seife, usw., sind in der letzten Zeit massiv gekürzt wurden: von 3 DM pro Patient und Tag auf jetzt 2,50 DM. Daher müssen wir Material sparen.

Es gibt halt nur noch eine beschränkte Anzahl von Windeln pro Patient und Tag. Wenn die aufgebraucht ist, dann ist Schluß für den Tag. Daher mußte ich lernen zu beurteilen, wann man eine Windel – obwohl naß – noch verwenden kann. Es ist keine Seltenheit, daß Bewohnerinnen in ihren nassen Windeln liegen bleiben, weil keine mehr vorhanden sind. Als ich noch neu in dem Heim war, habe ich abends bei der Reinigung von



Aktionen gegen Pflegenotstand im Februar 1989. „unter diesen Bedingungen nicht weiter arbeiten.“

Wie hat sich der Streik auf die Beschäftigten ausgewirkt? Die Arbeitsetzter und das unbefriedigende Arbeiten haben die Kolleginnen zu Zynikern

verwunderlich, wenn KollegInnen sich den Tod von schwer Pflegebedürftigen herbeiwünschen. Der Bewohner wird nur noch Gegenstand gesehen, der möglichst kostengünstig abgefertigt werden muß. Und darin

Folge haben: massenweise Vernichtung von Arbeitsplätze, Lohnrückerei, Verschlechterung und Vertreibung der Dienstleistungen für die Masse der Bevölkerung. Bereicherung von Großaktionären auf Kosten der Beschäftigten, Normalkunden und Steuerzahler. Folglich muß es darum gehen, das neue Postgesetz ganz zu verhindern, und darüber hinaus bereits durchgeführte Verschlechterungen und Privatisierungen zurückzunehmen. Darüber wollte ich mit den Vertretern der DPG über ihre angebotene Hotline diskutieren. Aber leider bekam ich vom anderen Ende der Leitung immer nur zu hören: „...leider sind unsere Anschlüsse derzeit alle belegt, bitte rufen sie zu einem späteren Zeitpunkt an.“ Bleibt zu hoffen, daß die Tausende, die anscheinend angerufen haben, der DPG ordentlich eingehetzt haben.

urteilt. Wer sich die Unterbringung in einer der teuren Seniorenresidenzen nicht leisten kann, hat halt Pech gehabt.

Am 2. September demonstrierten 10.000 Beschäftigte aus dem Altenpflegebereich in Köln. Das Motto war: „Altenpflege wehrt sich.“ Wie schätzt Du den weiteren Widerstand ein?

Die Wut ist enorm. Wir sehen gerade, wie unser ganzer Beruf versaut wird. Unter solchen Bedingungen wollen wir nicht länger arbeiten. Bislang kommt allerdings nicht viel von der Gewerkschaft. Häufig hört man von den Funktionären: „In der Altenpflege sollen wir was machen? Da macht doch keiner mit. Die sind ja noch nicht mal in der Gewerkschaft.“ Ein seltsames Argument, schließlich haben die Arbeiter im vergangenen Jahrhundert mit den Kämpfen auch nicht gewartet, bis es eine starke Gewerkschaft gab. Meiner Meinung nach wird die Demo in Köln schon ein guter Anfang. Jetzt kommt es darauf an, das diese Initiative fortgesetzt wird. Eine bundesweite Pflegedemo tut not.

Mit vereinten Kräften gegen die Arbeiter!

Ich arbeite in einem Zulieferbetrieb (90 Arbeiter) für die Stahlindustrie. Seitdem vor drei Jahren eine neue Geschättelung aus Ruder kam, ging es Schlag auf Schlag: Lohnernhöhungen wurden auf den überrtariflichen Lohn angerechnet, betriebliche Sonderleistungen fielen weg, ausgeschiedene Kollegen wurden oft nicht ersetzt, der Arbeitsdruck wurde größer. Im vergangenen Jahr beabsichtigte unser Chef, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu kürzen.

Ein junger Arbeiter aus Siegen

Vor wenigen Wochen kam dann der nächste Knaller: Aufgrund der wirtschaftlich schlechten Situation müsse die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich eingeführt werden! Das stank den meisten Kollegen schon ziemlich, zumal wir Arbeiter von der Kohl-Regierung eh' nur geschöpft werden und seit Jahren mit sinkenden Realloöhnen zu kämpfen haben. Da unser Betrieb aber dem Arbeitgeberverband angehört, konnte er dieses Vorhaben gegen den Einspruch der örtlichen IG Metall nicht durchsetzen.

Doch das war noch nicht das Ende vom Lied. Die Betriebsrats- und IG-Metall-Spitze verhandelte hinter verschlossenen Türen und ließ uns als Betroffene völlig im Unklaren. Erst als die Betriebsvereinbarung unter Dach und Fach war, wurde eine Betriebsversammlung einberufen. Auf dieser überboten sich Unternehmer und Betriebsratsvorsitzender mit Drohungen gegenüber der Belegschaft, was alles passieren würde, wenn wir die Verschlechterung nicht akzeptierten.

So wird nun mit Segen der IG Metall eine Klausel im Mantelarifvertrag genutzt, die es ermöglicht, daß 18 Prozent der Belegschaft regelmäßig 40 Stunden arbeiten. Überstunden werden nicht mehr bezahlt, sondern auf einem Arbeitszeitkonto angesammelt. Diese Stunden sollen abgefiebert werden, wenn der Unternehmer es will. Diese Neuregelung hat für uns massive finanzielle Verluste zur Folge. Familienärter verlieren dadurch bis zu 500 DM im Monat.

Die Kollegen sind dementsprechend sauer über Betriebsräte und IG Metall. Leider sind als Trotzreaktion einige Kollegen aus der Gewerkschaft ausgetreten, was verständlich, aber trotzdem falsch ist. Denn gerade heute brauchen wir starke Gewerkschaften.

Faule Kompromisse der IG Metall

Das zeigt sich daran, daß gleichzeitig zu den Vorgängen in unserer Firma auch in anderen Betrieben Arbeitszeitverlängerung mit Lohnkürzungen durchgesetzt werden sollte. Aber anstatt gemeinsam Gegenwehr zu organisieren und betrieblichen Kämpfe miteinander zu verbinden, zog die IG-Metall-Führung in jedem einzelnen Betrieb faule Kompromisse durch.

Der Unmut über die Führung muß dahin gehen, daß wir selber in Betrieb und Gewerkschaft aktiv werden, statt das Feld abgeben und korrupten Funktionären zu überlassen!

Bremer Saubermänner räumen auf

Bremen will mit Problemen wie Obdachlosigkeit, Drogensucht und „herumlungernden Jugendlichen“ aufräumen. Die Stadt soll „sauber“ werden.

Aber nicht die Probleme werden durch Sozialprogramme bekämpft, sondern deren Opfer durch Behörden- und Polizeiwilktur.

Ianka Pignors, Bremen

Die Idee, Drogenkranke und Obdachlose in die Stadtrand-

Dobben“ ausspricht. An diesen Orten müssen Menschen mit dunklerer Hautfarbe verstärkt damit rechnen, willkürlichen Kontrollen und Festnahmen ausgesetzt zu sein. Sie müssen befürchten, auf die Polizeiwache geschleppt zu werden. Erniedrigende und beleidigende Behandlung ist dort an der Tagesordnung.

Es finden Razzien in Flüchtlingsunterkünften und Diskos statt, die von Nicht-Deutschen besucht werden.

Ein Angriff auf alkoholkranken Obdachlose, aber auch auf Jugendliche, die statt teurer Getränke in Kneipen und Diskos lieber das mitgebrachte Bier vor der Tür trinken. Zur Durchsetzung dieser und ähnlicher Maßnahmen würde die Mitglieder der Großen Koalition im Senat am liebsten den Bundesgrenzschutz in die Innenstadt holen. Wo der BGS nicht nützlich wäre, kann man mit Privatistungen einiges erreichen.

Das zeigt Rassismus die rote Karte“ –

so lautet der Name eines antirassistischen Bildungsprojekts, das von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) in Nordengland ins Leben gerufen wurde. Es bündelt Ruf und Bekanntheit europäischer Profi-Fußballer zu einer starken anti-rassistischen Message an junge Leute.

Wir haben kürzlich ein 30-Minuten-Video mit europäischen Spitzenfußballern produziert. Es ist in vier Sprachen erhältlich (englisch, deutsch, französisch, italienisch), damit es in ganz Europa von Jugendlichen genutzt und vorgeführt werden kann.

Wir sind stolz, daß die deutsche Uraufführung auf Schake stattfinden wird, nämlich am Donnerstag, den 11. Dezember um 14 Uhr im Parkstadion Geisenkirchen.

Kevin Miles, JRE Newcastle

Infos und Bestellungen über: Jugendoffensive/JRE, Tel. (0221) 134304



Unsere Freunde und Helfer im Einsatz gegen friedliche Demonstranten

zirkle zu verfolgen, ist keine Bremer Spezialität. Doch das allein reicht Innenminister Bartscheller nicht.

Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Drogenkriminalität geht die Polizei systematisch gegen Nicht-Deutsche vor. Besonders Menschen aus Schwarzafrika und Kurdistan werden pauschal als Dealer verdächtigt.

Es wurde eine Politik der „no-go-areas“ eingeführt. Das bedeutet, daß die Polizei gegen von ihr verdächtige Personen unbefristete Platzverweise für das Oster- und das Steintorviertel, den Hauptbahnhof und Straßenbahnknotenpunkt „Am

Letzteres trifft ausländische Jugendliche besonders hart, weil die rassistische Einlagpraxis in vielen „Stubu“ immer kein Ausweichmöglichkeit läßt. Diese Politik führt zur Ausgrenzung und Kriminalisierung von Nicht-Deutschen, besonders von Jugendlichen. Dadurch ist es um so leichter, sie zum Sündenbock für alle Probleme zu machen, von der Arbeitslosigkeit über Suchtkrankheiten bis zur Gewalkriminalität.

Die Betroffenen wehren sich zusammen mit Flüchtlingsinitiativen z. B. dem Antirassismusbüro, mit Klagen, Öffentlichkeitsarbeit und Demonstra-

127b Strafprozeßordnung anzuwenden, der erlaubt, die Gerichtsverhandlung über Straftaten bis zu einem Jahr Gefängnis noch am Tag der Verhaftung vorzunehmen. Durch solche „Standgerichte“ werden die Möglichkeiten der Verteidigung stark beschnitten, eine gründliche Akteninsicht ist fast ausgeschlossen.

Auch kleine Gemeinheiten werden unter dem Motto „Aktionsaubere Stadt“ ganz groß geschrieben. So soll nach dem Willen des CDU-Ortsrats „östliche Vorstadt“ das Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit künftig mit einem Strafgeid von 100 DM belegt werden.

gar Eltern aussteifen, um den baulichen Zustand der Schulen zu verbessern. So ist Normalität, daß Eltern nach Anfrage von Lehrern Tapete und Farbe für die Schule bereitstellen.

Manchmal wird sogar der Elternbeitrag von 90 DM für die Sanierung der Schule gemutzt. Eigentlich ist der Beitrag für Kopien und Bücher gedacht, da Bücher auch Mangelware sind.

Aber woanders bekommt die Schule ja kein Geld für die Sanierungskosten her.

Die Politiker reden sich wie immer damit raus, das kein Geld da sei. Doch warum werden dann 2 Millionen DM für ein Privatgymnasium in Rostock bereitgestellt? Und auch

Rostocker Schulen: Fliegende Dächer vernagelte Fenster, pinselnde Eltern

Beim letzten Sturm flog das Dach über der Essenhalle von meiner Schule davon, und das Schulgebäude neigte sich um weitere 4 mm. Das passierte vor 2 Jahren. Seitdem wurde nicht viel für einen besseren Zustand getan.

Sabine, Schülerin Rostock

Jetzt hat die Essenhalle wieder ein Dach, doch dafür blättert weiterhin die Tapete von den Wänden. Im Winter werden die Fenster zugemagelt, damit sie nicht auch noch durch den Sturm wegfiegen. Zwar bekommen wir dadurch im Sommer einen Heizkoller, aber was soll's?

Auch wenn es sich viele nicht vorstellen können: dies ist kein Einzelfall, sondern der schallrausgeschmissen. Naja, wenig-

stens können sich dann diejenigen, die das Geld dafür haben, Gärten anschauen.

Ich denke, Schule sollte nicht nur für diejenigen gemacht sein, die Geld haben, sondern für alle.

Um uns gegen die schlechte Situation zu wehren, machen wir vom Rostocker Jugendaktivonskomitee (JAK) gerade ne Kampagne unter dem Motto „Schülerpower gegen Bildungs-Klauert“. Wir kämpfen gegen Kürzungen im Bildungsbereich und für bessere Schulen. Wir sammeln Unterschriften, die wir dann an die Schulleiter und Gewerkschaft (GEW) übergeben wollen, damit sie mit uns gemeinsam aktiv werden.

Das JAK hat dazu auch schon eine Protestaktion gemacht. Diese lief unter dem Motto „Wir tragen die Bildung zu Gra-

Recht, Plakate auf Stromkästen zu kleben, an private Werbetaagenturen verkauft. „Wildes Plakatieren“ war bisher zwar nicht erlaubt, wurde aber geduldet. Dadurch bekamen ohrenanfälligere Veranstalter und politische Gruppen die Möglichkeit, ihre Veranstaltungen anzukündigen. Inzwischen sind an immer mehr Stromkästen Wechselrahmen der Privaten befestigt, versehen mit einem Schild, das unbefugten Plakatklebern drakonische Strafen androht. Wer verboten will, muß zahlen! Wer nicht zahlen kann, soll auch nichts zu sagen haben. Alternative Konzerte, Theater, Parties und Diskussionsveranstaltungen werden es in Zukunft schwer haben. Während ihnen die Stadt Zuschüsse streicht und Steine in den Weg legt, zahlt sie für ABM-Kräfte, die für die privaten Werbeagenturen losziehen, um die „wilderen Plakate zu entfernen.

Für die SAV Bremen ist klar: Es geht hier nicht darum, das Leben in der Stadt lebenswerter zu machen. Wenn dies das Ziel wäre, würde in Arbeitsplätze, Spielplätze, Freizeitangebote und Parkanlagen investiert. Es geht darum, Sündenböcke zu finden, die Unterdrückungsmethoden auszubauen und unkontrollierte Meinungäußerungen zu erschweren. SchülerInnen, Studierende und Azubis müssen sich gemeinsam dagegen wehren und Druck auf ihre Organisationsratulus zusehen. Nicht nur die Gewerkschaftsjugendenden, sondern die gesamte Gewerkschaftsbewegung muß die Forderung nach Arbeitsplätzen und Sozialprogrammen der Kriminalisierungshetze entgegenstellen.

Schon seit 1952 schreibt er Sketche und arbeitet als Autor, Poesenschnreiber, Schauspiel, Kabarettist und Regisseur. Der „Hofnar der Bourgeoisie“ wollte er jedoch nicht sein, sondern der fahrende Sänger des Volkes. Daher hat er sein Theater auf die Straße verlegt. Mit seinen Ensembles ist er durch Vorstädte, Fabriken und Gefängnisse gezogen.

Für Dario Fo ist Theater ein politisches Instrument. Politiker, Polizisten, Geistliche und Bürokraten sind die Objekte seiner bissigen Satire. In seinen Stücken werden sie von Arbeitslosen, Arbeitern, Rentnern und Familienmitgliedern mit Tricks, Verwechslungen, Gaudios und Verwirrungen dargestellt.

„Zufälliger Tod eines Anarchisten“, „Mama hat den besten Shirt“, oder „Bezahlt wird nicht“ sind einige Titel von Dario Fos kabarettistischen Stücken.



im Leben und bei der Arbeit. Das Werk dieser beiden Kommunisten umfaßt eine Vielzahl von Posen, Theaterrücken und Kabarett. So zum Beispiel: „Zufälliger Tod eines Anarchisten“, „Mama hat den besten Shirt“, „Mama hat den besten Shirt“, „Bezahl wird nicht“, „Nur Kinder für alle, alle für einen!“, „Bezahlt wird nicht“, „Nur Kinder, Küche, Kirche“. In „Hohn der Angst“ verliert der Fiat-Chef Agnelli bei einem Unfall sein Gesicht. Die Schönheitschirurgin restauriert sein Gesicht nach einem Foto aus seiner Brusttasche. Doch dieses Foto zeigt einen kommunistischen Arbeiter. So entsteht ein Verwirrspiel, das die Wirtschaftsbosse, den Sicherheitsdienst und die korrupte Politik kräftig auf Korn nimmt.

In fast jeder Stadt läuft ab und zu die „Offene Zweiteziehung“. Bei dieser Gelegenheit sollte man sich einen Abend im Theater gönnen. Antonias Ehemann lebt die offene Zweiteziehung. Er versucht, Antonia davon zu überzeugen, daß dies die beste Form der Beziehung ist. Eine spritzige Satire, die oft zum Lachen einlädt, bei der jedoch so mancher Lacher im Halse stecken bleibt.

Warum konnte die Sowjetunion nicht von Anfang an eine bürokratische Diktatur. Die politische Macht wurde eine zeitlang von den Massen in Form der Räte-demokratie ausgeübt, in der es mehr demokratische Rechte gab als in jeder bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, durch die demokratische Kontrolle aller Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft. Wie konnte es zum Stalinismus kommen? Diese Fragen untersucht im zweiten Teil **Angela Bankert**

In der letzten Ausgabe haben wir beschrieben, wie die Arbeiter und Bauern in der russischen Revolution 1917 die politische Macht eroberten, Kapitalismus und Großgrundbesitz stürzten.

Die Sowjetunion war nicht von Anfang an eine bürokratische Diktatur. Die politische Macht wurde eine zeitlang von den Massen in Form der Räte-demokratie ausgeübt, in der es mehr demokratische Rechte gab als in jeder bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, durch die demokratische Kontrolle aller Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft. Wie konnte es zum Stalinismus kommen? Diese Fragen untersucht im zweiten Teil **Angela Bankert**

Keinesfalls kann man die Entartung auf die Person Stalins zurückführen, darauf, daß sich eben ein „Bösewicht“ durchgesetzt hat. Das wäre genauso falsch, wie den Faschismus auf die Figur Hitlers zurückzuführen. Man muß die zugrundeliegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Triebkräfte untersuchen.

Die Revolution siegte nicht zuerst in einem führenden Industrieland, wie es Marx erwartet hatte, und konnte nicht an einem hochentwickelten Stand von Technik, Industrie und Arbeitergeheißigkeit aufzubauen. Vielmehr siegte sie in einem rückständigen, noch halbfeudalen Agrarland, das die entwickelten kapitalistischen Länder erst noch einholen mußte (ähnlich wie Dritte-Welt-Länder).

Dies war den Bolschewiki auch sehr bewußt. Deswegen betrachteten sie die russische Revolution auch nur als Auftakt und bauten ihre Perspektiven gänzlich auf die Fortsetzung der Revolution in den fortgeschrittenen Industrieländern auf. Niemand kann zu diesem Zeitpunkt auf die Idee, den Sozialismus – verstanden als höheres Stadium als der Kapitalismus – in einem Land aufbauen zu können, schon gar nicht in einem rückständigen. (Die Idee vom „Sozialismus in einem Land“ wurde erst später von Stalin aufgebracht.)

Wäre die Revolution in einem oder mehreren westlichen Ländern ebenfalls erfolgreich gewesen, dann hätte man durch gemeinsame, gleichberechtigte Wirtschaftskooperation den Lebensstandard der beteiligten Länder schnell anheben können.

Isolation

Diese Perspektive war auch durchaus nicht unrealistisch. Die Oktoberrevolution gab einen mächtigen Anstoß für revolutionäre Bewegungen in ganz Europa. Zum Ende des ersten Weltkriegs entlartete sich in einer Reihe europäischer Staaten eine revolutionäre Situation, wurden die Herrschenden vertrieben, entstanden Räte. So wurde in Deutschland die Monarchie gestürzt, der Kaiser vertrieben, und es entstanden in der Novemberrevolution 1918 Arbeiter- und Soldatenräte.

Doch nirgendwo gab es eine Partei mit ähnlichem Programm, Traditionen und Verankerung wie die Bolschewiki, so

daß diese Revolutionen nicht erfolgreich abgeschlossen wurden. Sie blieben gewissermaßen in ihrer „Februarrevolution“ stecken.

Das bedeutete, daß Rußland isoliert blieb und auf die eigenen Kräfte zurückgeworfen war, und das bei niedrigem Produktivitäts- und Kulturiveau. Die zentrale Ursache für die Entartung des ersten Arbeiterstaats war die Rückständigkeit und Isolation des Landes.

Die kriegsbedingte Erschöpfung und Verwüstung verschlimmerte die Lage noch. Zwar hatte die Sowjetregierung unter Lenin und Trotzki Rußland aus dem ersten Weltkrieg herausgeführt und einen Sonderfrieden mit Deutschland geschlossen. Aber das Land war nach vier Jahren Krieg ausgeblutet, und der Sonderfrieden von Brest-Litowsk war ein vom teuren Imperialismus diktiertem Gewaltfrieden, in dem Rußland u.a. 1/3 des Landes und 3/4 der Eisen- und Stahlindustrie abtreten mußte.

Die zentrale Ursache für die Entartung des ersten Arbeiterstaats war die Rückständigkeit und Isolation des Landes.

An den Weltkrieg schloß sich fast Übergangslos der Bürgerkrieg im Innern an. Zwar war der Oktoberaufstand fast unblutig über die Bühne gegangen, da die Bolschewiki die politische Mehrheit in den Räten erobert hatten und sich auf die Massen stützen konnten. Doch die entmachteten herrschenden Klassen und Parteien waren keineswegs gewillt, die neue Staatsmacht anzuerkennen. So entstand eine konterrevolutionäre „weiße“ Gegenfront, angeführt von Adel, Militärs, Großgrundbesitzern, Kapital und Kirche, die sich auf Truppenteile in den noch nicht von der Revolution voll erfaßten Randgebieten stützten.

Sie wurden massiv von westlichen Regierungen unterstützt, die Truppenteile, Waffen und Geld schickten. Bis zu 21 verschiedene ausländische Interventionsarmeen drangen von allen Seiten ins Land ein – italienische, tschechische, französische, britische, amerikanische – um die Weißgardisten zu unter-

stützen und den ersten Arbeiterstaat in die Knie zu zwingen. Zeitweilig war die Sowjetmacht auf Gebiete um Petersburg und Moskau zurückgedrängt.

Die von Trotzki als Kriegskommissar aus den Resten des Zarenheeres aufgebaute Rote Armee wehrte sich militärisch wie politisch. Alles wurde den Notwendigkeiten des Bürgerkriegs untergeordnet: Produktion in erster Linie für die Rote Armee; der gerade erst gewonnene 8-Stundenag konnte nicht aufrechterhalten werden; viele Arbeiter mußten aus der Fabrik an die Front, darunter die bolschewistischen Arbeiter die besonders heiklen Frontabschnitte; man mußte auf militärisches Wissen und damit auf viele zaristische Offiziere zurückgreifen.

Der Bürgerkrieg zwischen Weißen und Roten lief drei Jahre lang, bis 1921, und wurde äußerst blutig und brutal geführt. Bürgerkrieg und Hungersnöte haben nach Schätzungen 6-8 Millionen Menschenleben gekostet, in manchen Gebieten wurden gar Fälle von Kannibalismus registriert.

Erschöpfung

Die Rote Armee und die Sowjetmacht blieben siegreich. Doch nach sieben Jahren Weltkrieg und Bürgerkrieg lag das Land völlig am Boden. Hilfe aus dem Westen blieb aus, die Revolutionen dort waren nicht erfolgreich. So war man nach Ende des Bürgerkriegs gezwungen, sich auf eine weitere Periode isolierten Wirtschaftens auf Grundlage der eigenen mageren Ressourcen einzustellen.

Man war auf Spezialisten in der Industrie angewiesen, die man höher bezahlen mußte. Bei 80% Analphabentum mußte man auch im Staatsapparat auf zaristische Beamte zurückgreifen.

Alles in allem ergab sich die Situation: Erschöpfung der Massen, extremer Mangel und Not, ein Staatsapparat, der unter einer dünnen Schicht von Revolutionären im wesentlichen



Josef Stalin, Parteichef und Diktator der UdSSR. Er war kein großer Führer in der Revolution 1917 sondern eher mittelmäßiger Funktionär. Genau das machte ihn zum idealen obersten Bürokraten.

das alte Personal umfaßte, Leihlingsapparate in Armee und Wirtschaft, die auf alte und neue privilegierte Spezialisten angewiesen waren.

Wo Mangel und Not herrschen, stellen die Mangelverwalter sicher, daß sie dabei selbst gut wegkommen. Nach 7 Jahren Revolution und Krieg entstand ein Bedürfnis verschiedener sozialer Schichten im Staatsapparat, aber auch im Betrieb und auf dem Dorf, wo die Bauern ihr Land hatten, nach Ruhe, Pause, ähnlichem Aufbau; immerhin war die interne-bau; immerhin war die interne-nationale Revolution vorläufig ausgeblieben.

Auf diese Stimmungen und Schichten stütze sich der Stalin-Fügel der Bolschewiki, dies war die Grundlage für die neu entstehende privilegierte Bürokratie. Stalin, der bis dahin eher als Organisator im Hintergrund gewirkt hatte, war mit seinem beschränkten politischen Horizont der geeignete Repräsentant dieser Schicht. Die Theorie vom ähnlichen Aufbau des Sozialismus in einem Land entsprach ihren Bedürfnissen.

Aushöhlung der Räte

Die Konzentration auf den Wiederaufbau, Ermattung und lange Arbeitstage begrenzten die aktive Teilnahme der Massen an den Sowjets und am politischen Geschehen und beförderten allmählich die Aushöhlung der Räte. Politische Notstandsmaßnahmen aus der Zeit des Bürgerkriegs, wie das Verbot von Parteien (z.B. Menschewiki und Sozialrevolutionäre, deren Führung sich mit den Weißen verbündet hatten) oder auch das Verbot verschiedener Fraktionen innerhalb der Bolschewiki, wurden verlängert und gar zum kommunistischen Prinzip erklärt. Diese Prozesse stärkten den Aufstieg der Bürokratie.

Lenin hatte diese Gefahr immer im Auge und schlug noch

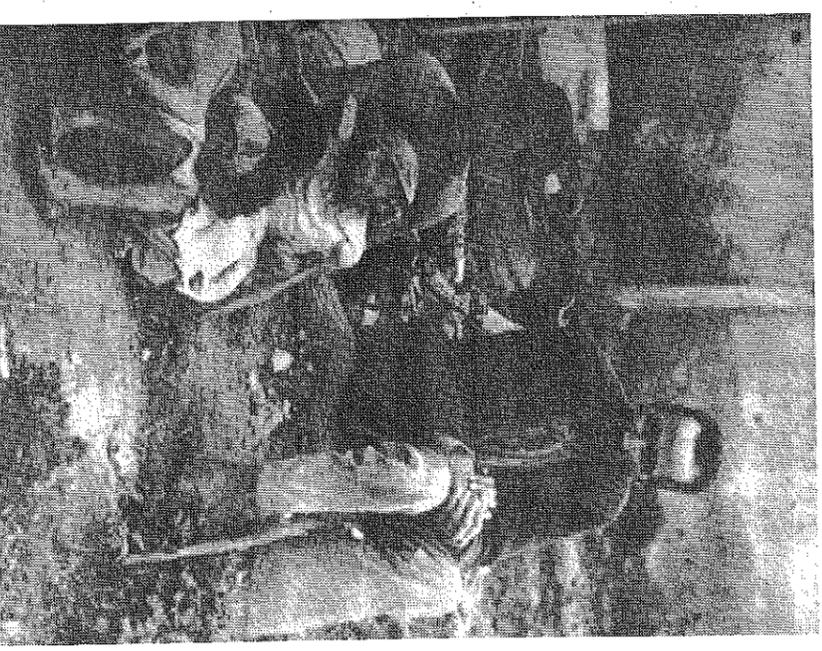
kurz vor seinem Tod – schon durch Krankheit geschwächt – Trotzki ein Bündnis zur Bekämpfung dieser bürokratischen Tendenzen vor, das sich auch gegen den inzwischen zum Generalsekretär aufgestiegenen Stalin richtete. Dazu kam es durch Lenins Tod im Januar 1924 nicht mehr. Lenins politisches Testament, in dem er die Absetzung Stalins als Generalsekretär verlangte, wurde bis in die 50er Jahre unter Verschluss gehalten und erst nach Stalins Tod veröffentlicht.

Nach Lenins Tod wurde die kommunistische Partei, wie sie inzwischen hieß, weit für neue Mitglieder geöffnet: alle möglichen Elemente, die zur Oktober-

revolution feindlich oder abseits gestanden hatten, Karriereorientierte Beamte usw., strömten ihr zu, und gaben der Bürokratie neuen Auftrieb. Die alte revolutionäre Garde wurde auf allen Ebenen von Partei und Sowjets Stück für Stück verdrängt, die Räte selbst immer stärker entmachtet, so daß von Rechenschaftspflicht, feier Wahl- und Abwählbarkeit immer weniger übrigblieb.

Politische Konterrevolution

Die objektiven Entwicklungen begünstigten die konservativen Elemente in Partei und Gesellschaft und drängten die revolu-



Während des Bürgerkrieges Anfang der 20er Jahre verhungerten Millionen Menschen. In einigen Gegenden kam es sogar zu Kannibalismus.



The Central Committee of the Bolshevik Party in 1917

der für die Ermordung vieler alter Genossen verantwortlich war.

des Volksinkommens für sich ab.

Trotz der horrenden bürokratischen Fehlplanung und Brutalität der Diktatur erwiesen sich die ökonomischen Grundlagen der Oktoberrevolution, die Planung als kräftig genug, um die Sowjetunion innerhalb weniger Jahrzehnte von einem halbfeudalen Agrarland zum modernen Industriestaat zu machen — nicht wegen, sondern trotz Stalin.

Wenn die zentrale Ursache für die Entartung der russischen Revolution in der Rückständigkeit und mangelnden Wohlstand, dann hätte eigentlich mit wachsendem Wohlstand, Bildungsstand und Aufholen gegenüber dem Westen die Bürokratisierung zugunsten stärkerer demokratischer Kontrolle zurückgedrängt werden müssen. Doch nachdem die Bürokratie einmal an der Macht war, wurde sie selbst zum Hindernis ersten Ranges für eine solche Entwicklung. Sie verteidigte ihre privilegierte Machtstellung mit äußerster Brutalität und schärfster Unterdrückung, der Millionen

Menschen zum Opfer fielen. Trotzki und seine Anhänger analysierten, daß es keine allmähliche Demokratisierung geben könne, sondern eine zweite, politische Revolution nötig sei, um den demokratischen Arbeiterstaat wiederherzustellen. Diese Revolution könne zwar die sozialen Eigentumsverhältnisse übernehmen, müsse aber die Bürokratie von der Macht verjagen und die Rätedemokratie wiederherstellen (daher: „politische“ Revolution), auch um zu verhindern, daß die Bürokratie das Potential der Planwirtschaft untergrübt und ruiniert.

In der Tat wurde die Bürokratie im Laufe der Jahrzehnte zum immer größeren Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Der grundlegende Aufbau von Industrie und Infrastruktur war mit bürokratischen Kommandomethoden noch gerade möglich, wenn auch unter enormen Kosten und Verschwendung. Aber sobald der Entwicklungsstand eines Industriezweiges mit komplexen Wechselbeziehungen erreicht war, wirkte sich die Erstickung der Demokratie, die fehlende Teilnahme der Massen und Mithinrede der Arbeiter, immer lähmender aus. So wurde die Bürokratie von einem relativen zu einem absoluten Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte. Das System war an seine Grenzen gekom-

Entartung würden viele Gefahren einschleppen. Denn die Rückständigkeit und der Mangel an Rubland waren eine entscheidende Ursache.

Ein Arbeiterstaat z.B. in Deutschland kann an den hochentwickelten Stand der Produktivkräfte anknüpfen, ja kann diese erst wirklich zum Wohl der gesamten Gesellschaft nutzbar machen. Die Arbeiterbewegung ist gebildet und in der Lage, Staat, Betriebe und Verwaltungen selbst zu kontrollieren. Zudem ist das negative Beispiel der früheren Diktaturen Osteuropas in wachsender Erinnerung.

Um die Entartung eines Industriestaats zu verhindern, wurden daher die einfachen Maßregeln der Rätedemokratie genügen: Wählbarkeit, jederzeitige Abwählbarkeit und Revolutionspflicht, keine Privilegien und Begrenzung der Einkommen von Funktionären auf ein Durchschnittsgehalt.

Die SAV hat diese Lehren gezogen. Wir sind Teil einer internationalen Bewegung, des Komitees für eine Arbeiterinternationale. Wir verstehen uns in der Tradition des demokratischen Sozialismus von Marx über Luxemburg und Lenin bis Trotzki. Wir bekämpfen bürokratische Tendenzen und abgehobene Eliten in der Arbeiterbewegung und setzen uns grundsätzlich für Wählbarkeit, jederzeitige Abwählbarkeit, durchschnittliche Entlohnung von Funktionären ohne Privilegien ein.

„Wir schießen ohne Warnung!“

Die Memoiren von Nadeschda Joffe sind eine einzigartige Anlage gegen den Stalinismus. Ihr Vater war Adolf Joffe, einer der wichtigsten Mitstreiter Leo Trotzki in der linken Opposition gegen die Stalinsche Diktatur. Sie selber wurde aktives Mitglied der oppositionellen Kommunisten und dafür zwanzig Jahre in Gefängnisse gesteckt und in die Verbannung geschickt. Ihre Erinnerungen sind das einzige Dokument eines Mitgliedes der Linken Opposition, das Stalin überlebte.

Nadeschda beschreibt detailliert die Zeit in den stalinistischen Lagern, die Unterdrückung, die Erniedrigungen und die Willkür des Staatsapparates. „Ein Schritt nach rechts, ein Schritt nach links, wir schießen ohne Warnung!“ war eine Standardformel für die Gefangenen aufseher, die im übertragenen Sinne für die Funktionsweise des ganzen stalinistischen Systems gilt.

Nadeschda Joffe beschreibt aber auch die Jahre ihrer Jugend, die Aufbruchsstimmung in den Anfangsjahren der Sowjetunion, das bunte kulturelle Leben in Moskau, die lebhaften politischen Debatten. Sie zeichnet ein eindrucksvolles Bild ihres Vaters und Leo Trotzki's.

Ihr Vater, dem die Stalinisten die notwendige medizinische Behandlung versagten, nahm sich 1927 schwerkrank aus Protest gegen die Entartung des Arbeiterstaates das Leben. Sein Abschiedsbrief an Leo Trotzki wird in dem Buch zum ersten Mal in voller Länge abgedruckt. Darin heißt es: „Wenn ich gesund wäre, würde ich in mir herrschenden Zustände in der Partei anzukämpfen. (...) In diesem Sinne ist mein Tod der Protest eines Kämpfers, der in solch eine Lage gebracht wurde, daß er auf so eine Schande nicht anders reagieren kann.“ Nadeschda Joffe hat seinen Kampf weitergeführt. Davon legt ihr Buch Zeugnis ab.

Rückblende — Die Memoiren der Nadeschda Joffe, Arbeiterpresse Verlag, 290 Seiten, 28 DM. Auch über die Redaktion VORAN erhältlich.

Der Kapitalismus gehört ebenso wie der Stalinismus auf den Müllhaufen der Geschichte.

ten Bolschewii verurteilt, verbannt und umgebracht wurden. Trotzki enging diesen Schicksal zunächst nur, weil er schon zu einem früheren Zeitpunkt, als Stalin sich noch nicht an die Liquidierung von prominenten Revolutionärführern wagte, nach Sibirien verbannt und danach aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde. Im Ausland wurde Trotzki zum prominentesten Vertreter der linken, marxistischen Opposition gegen den Stalinismus, bis auch er 1940 im mexikanischen Exil von einem Agenten des sowjetischen Geheimdienstes ermordet wurde.

Krisenfaktor Bürokratie

Die Rückständigkeit und Isolation der russischen Revolution führte dazu, daß viele Errungenschaften wieder rückgängig gemacht wurden.

Das einzige, was nicht zurückgedreht wurde, waren die neuen, nicht-kapitalistischen, Eigenumsverhältnisse. Verstaatlichung der Produktionsmittel, Planwirtschaft, staatliches Außenhandelsmonopol. Die verstaatlichte Wirtschaft ließ die Bürokratie u.a. deswegen unangestastet, weil sie die Quelle ihrer Einkommen und Privilegien war. Zwar waren die Funktionen der nicht Privatigentümer der Betriebe, aber durch ihre Kontrolle des Staatsapparats schlopfte sie einen wachsenden Teil

Aber mangels politischer Alternativen stiegen gleichzeitig die Illusionen der Massen in den Kapitalismus, oder genauer: in die vermeintliche „soziale Marktwirtschaft“. Gestützt auf diese Illusionen konnten Teile der alten Bürokratie mit Unterstützung des Westens den Kapitalismus wieder einführen.

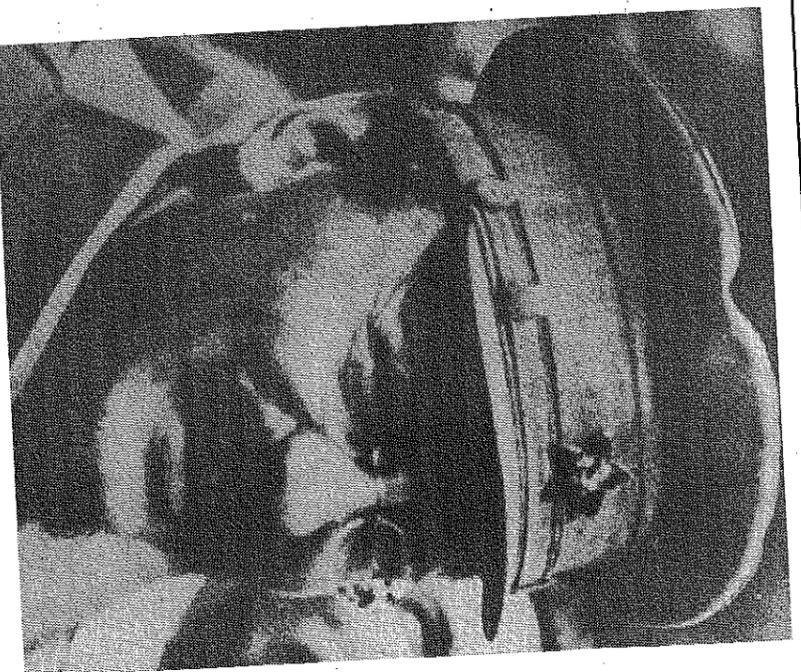
Lehren

So kam die Masse der Bevölkerung dieser Staaten vom Reigen in die Trawle, von einem naroden System zum nächsten. Denn auch der Kapitalismus ist längst an seine Grenzen gestoßen und nicht mehr in der Lage, die drängenden Probleme zu lösen und den Wohlstand allgemein anzuhoben, trotz enormen Standard von Technik und Produktivität, die jedoch in der Zwangsjacke des Profitsystems stecken. Auch der Kapitalismus gehört, ebenso wie der Stalinismus, auf den Müllhaufen der Geschichte.

Ein neuer Anlauf zum Aufbau einer sozialistischen Demokratie ist nötig. Um einer erneuten Entartung vorzubeugen, sind die Lehren des ersten Anlaufs wichtig:

- Der Kampf um Sozialismus ist international und kann nicht auf ein Land beschränkt werden, denn auch der Kapitalismus ist international.
- Demokratische Rechte sind unabdingbarer Bestandteil des Sozialismus, denn nur so können die grundlegenden Ziele erreicht werden: Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, gerechte Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands, demokratische Selbstverwaltung der Gesellschaft.

Leo Trotzki



Leo Trotzki, die zentrale Figur neben Lenin und später Gründer der Roten Armee, gehörte zu den unterschiedlichsten und klarsichtigsten Widersachern Stalins.

Als Teilnehmer der Oktoberrevolution hinterließ er nicht nur eine umfangreiche Aufarbeitung der Geschichte der russischen Revolution, sondern auch eine fundierte Analyse der Entartung der Revolution und des Aufstiegs des Stalinismus. Sein Leben war dem Kampf gegen Kapitalismus und Stalinismus gewidmet. Er wurde 1940 im mexikanischen Exil von einem Agenten des sowjetischen Geheimdienstes ermordet. Im folgenden einige Zitate aus seinen Werken.

Zur Charakterisierung der Sowjetunion:

„Die Sowjetunion ist als Arbeiterstaat aus der Oktoberrevolution hervorgegangen. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel hat als notwendige Voraussetzung einer sozialistischen Entwicklung die Möglichkeit eines schnellen Wachstums der Produktivkräfte eröffnet. Doch hat der Apparat des Arbeiterstaates unterdessen eine völlige Umgestaltung erfahren: aus einem Werkzeug der Arbeiterklasse ist er zum Werkzeug bürokratischer Gewalt über die Arbeiterklasse und, je länger, desto mehr, zum Werkzeug der Wirtschaftsabotage geworden.“ (Übergangsprogramm 1938)

Zu den Ursachen der Entartung:
„Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Verbrauchsgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wenn die Schlange sehr lang wird, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie 'weiß', wem sie zu geben, und wer zu warten hat.“ Und: „Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen.“ (Verratene Revolution 1936)

Zu den Alternativen:

„Entweder stößt die Bürokratie, die immer mehr zum Werkzeug der Weltbourgeoisie im Arbeiterstaat wird, die neuen Eigentumsformen und und wirft das Land in den Kapitalismus zurück — oder die Arbeiterklasse zerschlägt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus.“ (Übergangsprogramm)

Buchempfehlungen zum Thema:
Trotzki: Geschichte der russischen Revolution; Trotzki, Verratene Revolution erhältlich über die Redaktion VORAN

Portugal

In der nordportugiesischen Stadt Braga hat der deutsche Grundig-Konzern eine Tochtergesellschaft namens GIP (Grundig Industria Portugal) angegliedert und von 1989 bis 1993 dafür 5,7 Millionen Mark staatlicher Subventionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen kassiert. Jetzt wurde ein Teil der Firma, der Telefone herstellt, ausgegliedert und an die auf demselben Firmengelände liegende „Grundig Components“ veräußert, die an einen Grundig-Manager „verkauft“ und umbenannt wurde. Die „neue“ Firma beantragte erneut staatliche Zuschüsse, für die Schaffung „neuer“ Arbeitsplätze und einer „neuen“ Produktlinie. „Neu“ sind auch die Löhne. 108 Arbeiter wurden von GIP wegen „Einstellung der Produktion“ entlassen und bekamen von der Nachbafirma neue Arbeitsverträge angeboten; betriebsauf ein Jahr und für 880 Mark Monatslohn – bei GIP waren es vorher 1030 Mark gewesen.

Italien

200.000 Menschen demonstrierten Ende Oktober in Rom für die sofortige Einführung der 35-Stundenwoche zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Sie folgten einem Aufruf der Rifondazione Comunista (RC), die sich zuvor gewei-gert hatte, dem drastischen Sparhaushalt der PDS-geführten Linkregierung zuzustimmen, und damit eine Regierungskrise auslöste. Schließlich ließ sie sich die Zustimmung für die Zusage abhandeln, daß die Regierung die 35-Stundenwoche per Gesetz einführt.

Nigeria

In einen unbefristeten Streik traten Ende Oktober die Ölarbeiter in Nigeria, um höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. In einigen Betrieben wurden zuvor seit zwei Monaten keine Löhne mehr ausbezahlt. Nach Angaben der beiden großen Gewerkschaften der Öl- und Gasarbeiter sowie der Angestellten der Ölgesellschaft der Ölarbeiter wird der Streik auf nun im ganzen Land befoh-

Hongkong

Der von der VR China eingesetzte Legislativrat Hongkongs hat am 29. Oktober die Tarifautonomie der Gewerkschaften abgeschafft. Schon unmittelbar nach der Übergabe Hongkongs an die angeblichen „Kommunisten“ waren die gewerkschaftlichen Rechte außer Kraft gesetzt worden.

China

In der Textilindustrie der chinesischen Sonderwirtschaftszone wird unter schlimmsten Bedingungen produziert. Statt der erlaubten 44 werden 69 Stunden pro Woche gearbeitet. Die durchschnittlichen Überstunden betragen 90 pro Monat; meist werden sie gering oder gar nicht entlohnt. Bei der Firma Kam Tai, die an Karstadt liefert, müssen 18-25jährige Frauen regelmäßig bis 0.30 Überstunden leisten. Die Firma Shenzhen Fulide, die an Quelle liefert, gewährt bei einer Siebenarbeitswoche keinen freien Tag im Monat. (Untersuchung von Südwind, Institut für Ökonomie)

China: Kapitalismus mit sozialistischem Etikett

Auf dem 15. Kongress der Kommunistischen Partei Chinas wurden die alten maoistischen Bräuche hochgehalten. 2000 Delegierte füllten die „Große Halle des Volkes“, applaudierten langen Reden und verabschiedeten Resolutionen. Sie begrüßten Jiang Zemin als Nachfolger Deng Xiaopings. Aber umhüllt vom dichten Nebel des Parteiargons zerschneidet die Führung gerade die letzten Bänder zu den sozialen Errungenschaften der Revolution von 1949, welche die Großgrundbesitzer, Kapitalisten und kolonialen Ausbeuter verjagte.

Der neue starke Mann Chinas, Jiang, predigt immer noch den „Sozialismus chinesischer Prägung“, die stufenweisen Reformen zielen auf einen angeblichen „Marxsozialismus“. Der Weg, den Polen und Rußland eingeschlagen haben, werde abgelehnt. Jiang und seine Mannschaft beabsichtigen, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben.

Ihr kapitalistisches Modell ist eher mit Südkorea zu vergleichen: eine Diktatur arbeitet partnerschaftlich mit kapitalistischen Konzernen und Multis zusammen. Aus diesem Grund wurde beim 15. Kongress die Einschätzung bezüglich der Ergebnisse aus Tiananmen (die blutige Niederschlagung der Demonstrationen am Platz des Himmlischen Friedens 1989) nicht revidiert. Der Beschluß signalisiert, daß es unter Jiang keine Demokratisierung geben wird. Dissidenten bleiben im Gefängnis, Proteste werden niedergeschlagen, Opposition erstickt.

Privatisierung

Eine enorm ausgedehnte Privatisierung, in welcher Form auch immer, ist für die Staatsmaschine gefährlich, die im Grunde ein Überbleibsel des alten maoistischen Systems ist. Innerhalb Chinas drängen die zum Vorschein kommenden Kapitalisten – unterstützt von Auslandsinvestoren (USA, Internat. Währungsstand, Weltbank) – auf größeren Handlungsspielraum.

Schleichende Privatisierung und völlige Ausbeutung frißt zunehmend die Staatsbetriebe auf. Wenn die Privatisierung nicht legalisiert wird, läuft die Regierung Gefahr, ganz und

gar die Kontrolle zu verlieren. Aus diesem Grund versucht die politische Führung verzweifelt, die alte Staatsmaschine anzupassen, um an der Macht und den bürokratischen Privilegien festzuhalten. Um Macht auszuüben, brauchen die Führer die Loyalität der Funktionsarmee: Staatssozialismus gefordert wurden. Deshalb erhalten sie die Fiktion des Sozialismus als historische Rechtfertigung des Regimes aufrecht.

Es gibt in China 300.000 staatliche Unternehmen. Ein Drittel davon sind Industriebetriebe, die 48 Prozent der industriell gefertigten Güter produzieren (1980 waren es noch 70 Prozent). Etwa 1000 staatliche Kernbetriebe tragen zwei Drittel der Schwerindustrieproduktion (Elektrizität, Benzin, Chemie- und Metallindustrie, Maschinenbau usw.).

Ähnlich wie in der früheren Sowjetunion ist die Technologie überholt, und bürokratisches Mismanagement hat die chinesischen Staatsbetriebe ruiniert. Über die Hälfte von ihnen macht Verluste, finanziert durch immense Schulden (120 Milliarden Dollar) der staatlichen Banken. Viele sind inzwischen bankrott. Durch Schließung und Konkurs der staatlichen Betriebe werden die Anteile (häufig Anteilsmehrheiten) zu Spottpreisen an private Investoren verkauft. So etwas bezeichnet man als Hintertür-Privatisierung. Eine kleine profitiergsche Schicht macht Geschäfte mit internationalen Großkonzernen, besetzen Bürokraten, plündern Chinas Ressourcen und beuten Arbeiter brutal aus, um den persönlichen Wohlstand zu ver-mehren. Korruption herrscht auf allen Ebenen.

Die Staatsgewerkschaft (ACFTU) stimmt gewöhnlich den Vorschlägen der Firmen zu. Alle anderen Organisationen, die am Arbeitsplatz existieren, sind verboten. Trotzdem nahmen spontane Streiks (letztes Jahr 3000), Demonstrationen, Sabotage und andere Protestaktionen zu.

Wegen der großen Desilustrierung vom „Sozialismus“ (in Wirklichkeit das totalitäre maoistische System) wehren sich sogar Aktivisten kleinerer, unabhängiger Gewerkschaften nicht gegen den Markt als solchen, da sie vom Regime verfolgt werden. Sie kämpfen, um die Arbeitnehmer gegen die Superausbeutung zu schützen, aber sie

sagen auch, daß sie den Kapitalismus akzeptieren „so lange er Güter liefert“. Die Geschichte zeigt jedoch, daß der Kapitalismus die Güter nur für eine wohlhabende Minderheit anbietet. Für die Mehrheit bedeutet er unausweichlich Ausbeutung und Unterdrückung.

Aufuhr

Derzeit besteht Jiang Zeminns Plan darin, daß ein großer Teil der Kernbetriebe im staatlichen Besitz bzw. unter staatlicher Kontrolle bleibt, während die Mehrzahl der kleinen und mittleren Staatsunternehmen privatisiert werden sollen. Allerdings machen die Abgaben der staatlichen Unternehmen immer noch ca. 60 % der Staatseinnahmen aus, für 70 % der städtischen Arbeiter stellen sie einen Arbeitsplatz dar. Die Regierung schreckt bis jetzt vor der Privatisierung der wichtigen Staatsbetriebe zurück, da sie deren Schließungen, einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit verbundene Massenproteste fürchtet.

Die Beschleunigung der Privatisierung wird enorme Unruhen auslösen. Bis heute hat sich der private Sektor hauptsächlich um die staatsigen Unternehmen herum entwickelt, in der ländlichen Industrie und in den wirt-



Clinton und Chinas Parteichef Jiang-Zemin. Haupttasche, China bleibt kapitalistischer Wachstumsmarkt, dann kann man sich bei den Menschenrechten etwas gedulden.

schäftlichen Küstengebieten. 100 Millionen Arbeiter, vielerleicht auch mehr, werden ihre Arbeit verlieren und mit ihr die „eisernen Reisschüssel“ (garantierter Unterkunft, Gesundheits- und Altersversorgung für die gesamte Familie). Mit stürmischen Streiks und Protesten gegen die barbarischen Auswirkungen des Marktes und der unterdrückenden Politik von

Artikel von Lynn Walsh, Übersetzung und Bearbeitung von Klaudia Keck (Wiesbaden) und Ingo Neumann (Darmstadt)

Frühkapitalismus

China hatte in den letzten Jahren mit rund 10 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr die höchste Wachstumsrate in der Welt. Vom Ausland her fließt das Kapital (1996: 45 Milliarden Dollar) und wird massiv in Fabriken und den Ser-wicesektor investiert. Unter Deng Xiaopings herrschte beschleunigtes Wachstum, hauptsächlich weil Deng's Reformen die maoide, über-zentralisierte Kontrolle der Landwirtschaft und Industrie der vorherigen Regierung – die sogenannte maoistische „Vererbannte“ – lockerte. Die landwirtschaftliche Produktion wurde durch steigende Preise, die der Staat den Bauern zahlte, erhöht. Die extra Profite der Bauern wurden in neue ländliche Industrie umgeleitet und erhöhten somit das Angebot an Konsumgü-tern. Die Zahl der in Armut Lebenden (Verdient von weniger als 1 Dollar pro Tag) vermin-gerte sich. Laut Aussage der Weltbank ist die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, von 398 (1985) auf 269 Millionen (1995) gesunken (Gesamtweltbevölkerung 1,2 Milliarden).

Aber Deng hatte auch die Tore für den Markt aufgemacht. Die von den dörflichen Komman-ten und staatlichen Firmen angebotenen Lei-stungen (Essensrationen, Wohnungen, Gesund-heitsvorsorge, Bildung, Pensionen etc.) wurden

eingeschränkt bzw. mußten jetzt bezahlt wer-den. Wachsende Ungleichheit zwischen den reichen Bauern und den Händlern gegenüber dem Großteil der Arbeitnehmer wurde offe-sichtlich.

In den Küstenstädten gibt es eine große Anzahl an Großbetrieben mit mehr als 1000 Arbeitern. Die meisten Betriebe sind jedoch relativ klein. Nach offiziellen Zahlen gibt es 300.000 Privatunternehmen mit acht oder mehr Arbeitnehmern und 20 Millionen mit weniger als sieben Arbeitnehmern. Heute durchstreuen rund 100 Millionen Arbeitneh-mer das Land auf der Suche nach einer Arbeit. Die Arbeiter, die in die Städte ziehen, erhal-ten erschreckende Arbeitsbedingungen an-gespanntes, monotones Arbeiten, 12 Stunden pro Tag und einen freien Tag im Monat. Der Durchschnittsverdienst beträgt etwa 100 DM. Arbeitnehmer werden u.a. des öfteren in den Fabriken bis zum Schwindendeinge-schlossen und für Unterhaltungen am Ar-beitsplatz bestraf. Ihr Zuhause ist häufig ein Schlafsaal des Unternehmens. Arbeitnehmer sind zusätzlich sexueller Belästigung durch Vorgesetzte ausgesetzt.

Ägyptische Bauern widersetzen sich dem IWF

Seit einigen Monaten wird Ägypten von Bauernaufstän-ge erschüttert, auf die das Militär mit gewalttätigen Ausschreitungen reagierte. Verschiedene Aktivisten sind verhaftet worden, 15 De-monstranten wurden umge-bracht. Ursprung des Kon-flikts: Das Parlament annu-lierte den Gesetzesartikel 96 über die Landreform, die sei-nerzeit von dem linksbürger-lichen Präsident Nasser ein-geführt wurde.

Von Hanay Meshmat

Vor der Machtübernahme Nassers war praktisch der ge-samte Boden im Besitz einer kleinen Gruppe von Groß-

grundbesitzern, die die Landar-beiter zu Hungerlöhnen für sich arbeiten ließen. Nasser führte 1954 und 1961 eine Anzahl von Landreformen durch, die unter anderem die Beschränkung von Grundbesitz auf 100 Feddans (1 Feddan entspricht 0,42 Hektar) festlegten.

Dies zwang viele Großgrundbesitzer dazu, Ländereien an arme Bauern und Tagelöhner zu verpachten. Nassers Landre-formen legen einige Garantien für die Bauern fest: Pachtverträge auf Lebenszeit, niedrig festge-setzte Pachtzinsen und die Mog-lichkeit, diese Bodenrechte zu erwerben. Ein Großteil der Ern-ten wurde vom Staat aufgekauft, der auch die Preise von Dünger

und Saatgut kontrollierte und niedrig hielt.

Das jetzt von der Mahbrak-Regierung eingebracht Gesetz entspricht den Interessen der Großgrundbesitzer und den An-forderungen IWF (Internati-onalen Währungsfonds), der die Liberalisierung des Acker-

baus anstrebt. Das Gesetz löst alle bisherigen Verträge auf und führt betriffene Verträge ein. Die Höhe des Pachtzinses wird durch den Eigentümer festge-legt. 5 Millionen Bauern und ihre Familien werden somit von ihrem Land und ihrer Wohnung vertrieben, entweder durch un-bezahlbare Pachtzinsen oder noch als Tagelöhner beschäfti-

gen werden.

Trotz mangelnder Unterstit-zung von Oppositionsparteien und fehlender Organisation wird der Struktur – es gibt zum Bei-spiel keine Bauerngewerkschaft – hat die Widerstandsbevegung Aufschwung genommen. Zahl-lose Aktivisten und verschiede-ne Organisationskomitees organi-siert. In verschiedenen Dörfern hat es öffentliche Diskussionen und Veranstaltungen gegeben. Und auch in Kairo hat sich ein Solidaritätskomitee gegründet.

Die Pachtbauern, wovon 20% alleinlebende Witwen sind, sind fest entschlossen bis zum Ende zu gehen, um ihre Arbeit und ihre Wohnung zu verteidigen. Nach einem Protestmarsch in der Provinz Minja zündete die Menge die Häuser von Großgrundbesitzern an, blockierte Straßen und Eisenbahnli-nien.

In al-Attaf, einem Dorf im nördlichen Nildelta, wurde das örtliche Büro des Landwirt-schaftsministeriums niederge-brannt, um damit dort archivier-ten Bestandskunden zu vernich-ten. Ein Pächter aus Kamschisch bringt die Stimmung auf den Punkt: „Wo soll ich hin? Ich habe nichts außer diesem halben Hektar Land. Wenn sie mich vertreiben wollen, dann ist mir auch egal, wenn ich ins Gefäng-nis muß.“

Frankreichs Jospin lawiert sich durch

Nach den stülch einsetzen. In diesen Wahlen wurde das Werk geschlossen, trotz Verzehnfachung der Netto-Gewinne im letzten Jahr bei Renault. Von Jospin hieß es nur, er hätte nie versprochen, die Schließung zu verhindern, er wolle sie lediglich prüfen lassen.

Die Privatisierung wurde nicht gestoppt. Im Gegenteil: Franco-Telekom wurde Mitte September an die Börse geführt, der Rüstungskonzern Thomson-CSF und die Versicherungsgesellschaft GAN sollen verkauft werden. Die Privatisierung von AIR France ist verträglich, aber nicht gestoppt worden.

Auch die rassistischen Ausländergesetzen bleiben in Kraft, ihnen soll nur die Spitze genommen werden. Die Bewegung der „sans papiers“ (Flüchtlinge ohne Papiere) ist gezwungen, gegen ihre Illegalisierung, gegen staatliche Schikanen und Bürokratie weiterzukämpfen.

Die 35-Stundenwoche

Die sofortige Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche soll 1,4 Millionen neue Jobs schaffen. Wenn die Einführung jedoch auf die lange Bank geschoben wird, mit Verhandlungen von Branche zu Branche, von Betrieb zu Betrieb, wird der Job-Effekt gleich null sein. Die Unternehmer profitieren von dieser Zeitanfrischung und können diese Zeit zur Reorganisation der Arbeitszeit ausnutzen.

In einem Interview mit der „Le Monde“ sagte Jospin: „35 Stunden, die wie 39 Stunden bezahlt werden, ist nicht meine Lösung gewesen. Eine solche Maßnahme ist anti-ökonomisch.“

Auf dem Beschäftigungsgipfel im Oktober wurde deutlich: Eine Arbeitszeitverkürzung soll

vor allen Dingen zur Flexibilisierung und Liberalisierung des französischen Arbeitsmarktes dienen. Der staatliche Sektor ist in Frankreich traditionell relativ groß und auch der Anteil von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Teilzeitarbeitsplätzen ist noch nicht so hoch wie in Deutschland.

Das Gesetz zur Arbeitszeitverkürzung soll erst 1999 verabschiedet werden. Es ist aber von einer Einführung einer Jahres- oder Lebensarbeitszeit bis zu einer Ausweitung der Nacht- oder Wochenarbeitszeit alles möglich. Abgesehen davon, daß die Menschen den Maschinen angepaßt werden und nicht umgekehrt, die Maschinenlautezeiten Rücksicht auf den sozialen und biologischen Rhythmus des Menschen nehmen sollten, fördert eine Jahresarbeitszeit auch un-sichtbare und unbezahlte Überstunden. Nach Schätzungen werden heute schon 1,2 Milliarden Überstunden pro Jahr gearbeitet. Dies entspricht umgerechnet 680.000 Arbeitsplätzen. So glauben auch die wenigsten Franzosen an die Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Bei den 350.000 Arbeitsplätzen für Jugendliche, die die Regierung der Wirtschaft abrotzen wollte, ist Jospin sehr ruhig geworden. Er wagt keine Angabe von Größenordnungen mehr.

Jobs für Jugendliche

Mit der Einrichtung der 350.000 Jobs für Jugendliche im Staatssektor hat die Regierung begonnen (in Frankreich ist jeder vierte Jugendliche im Alter von 20 und 24 Jahren arbeitslos). Die Jobs erinnern jedoch an Pflichtenarbeit für Sozialhilfeempfänger hier in Deutschland: Parks fegen und Graffiti beseitigen für einen Hunger-



Ferrfahrerstreik im November 1997. Die Jospin-Regierung soll die ArbeiterInnen ruhig halten, doch diese haben genug von leeren Versprechungen und und kämpfen für ihre Rechte.

John. Es gibt auch anspruchsvollere Jobs, die aber deswegen nicht besser bezahlt werden. Jugendliche passen auf andere Jugendliche in den Vororten auf als Hilfspolizisten, Erziehungs- und Bewährungshelfer.

Das Projekt wird zum Teil durch Umschichtung von Geldern der Arbeitslosenversicherung finanziert, die vorher älteren Arbeitslosen zugute kamen. Langfristig wird es den Jugendlichen keine Perspektive bieten: Die Jobs sind auf fünf Jahre befristet und mit keiner Ausbildung verbunden. Ein anderes Problem ist: Sie werden ausnahmslos nach dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt und drücken so die Gesamtlöhne im öffentlichen Dienst.

Der Bruch der Wahlversprechen wird von den Gewerkschaften und den linken Flügeln der Kommunistischen und Sozialistischen Partei scharf kritisiert. Unter diesem Druck wird bisweilen auch mal den Großkonzernen etwas auf die Füße getreten, so zum Beispiel durch höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen zur Deckung der Lücke im Haushalt 1997. Zwei Drittel der Wähler begrüßten diesen Vorstoß.

So ging es Jospin noch, sich durchzulavieren und seine Glaubwürdigkeit nicht gänzlich zu verspielen. Doch seine Spielräume werden immer kleiner, der Druck immer größer. Innerhalb der Gewerkschaften hat sich seit der Bewegung Ende 1995 eine scharfe Polarisierung zwischen rechts und links entwickelt.

In der Kommunistischen Partei hat es eine unbeherrschbare Opposition gegen die Regierungsbeteiligung und die Verwässerung des Programms gegeben. Es ist nicht auszuschließen, daß sie ab einem gewissen Punkt gezwungen werden sein, ihre Minister zurückzuziehen.

Selbst in der SP gibt es Kritik von der Linken gegen die Regierungspolitik. Es gibt eine breite Schicht von Aktivisten, die weder die KP noch die SP als Instrument sehen, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Es gibt in allen linken Organisationen, und es wächst eine Stimmung, die linken, kämpferischen, revolutionären Strömungen zu einer einheitlichen Kraft zusammenzufassen. Dies öffnet den Weg, um den Aufbau einer revolutionären Partei einen qualitativen Schritt nach vorne zu bringen. ■

Blair trifft „harte Entscheidungen“

Sechs Monate nach dem Edrutschsieg von New Labour ist Tony Blair laut Umfragen der populärste britische Premierminister aller Zeiten, mit einer Zustimmungsrate von 93% – eine Zahl, die wohl nur von Kim Il-Sung in Nordkorea übertroffen wird. Mit wohlwollender Unterstützung der Medien gelang es ihm auch, im Umgang mit den Ereignissen um den Tod von Lady Di eine gute Figur zu machen. Viele bürgerliche Kommentatoren beschreiben sein erfolgreiches Eingreifen, um die Beerdigung zu einem öffentlichen Massenereignis zu machen, als einen ebenso bedeutsamen PR-Triumph wie Thatcher's „Sieg“ im Falkland-Krieg vor 16 Jahren.

Kevin Miles, Sozialistische Partei, Großbritannien

Es gibt jedoch Grenzen, durch ein fabriktiertes Medien-Image die Realitäten der Regierungspolitik zu überdecken, mit der eine wachsende Zahl von Arbeitern und Jugendlichen bereits schmerzhaft Erfahrungen gemacht haben. Das Motto der Regierung „harte Entscheidungen treffen“ hat bisher bedeutet: Wann immer sie vor der Alternative standen, entweder die Lage der Arbeiter zu verbessern oder den Forderungen der Bossen nach Sozialabbau und mehr Flexi-

ibilität nachzukommen, entschieden sie sich für die Seite der Bosse.

Zwangsarbeit

Die Ausgabenpolitik der Regierung bleibt strikt in den Grenzen der mittelfristigen Finanzplanung, die noch von den Tories aufgestellt wurde. Die Minister überrumpeln sich gegenseitig an Sparsamkeit. So wurden die Kürzungen der Leistungen für alleberziehende Elementarische beibehalten. Die Regierung führte das Programm „Fürsorge zur Arbeit“ ein, bei dem Arbeitslose zur Annahme von Niedriglohnjobs gezwungen werden, oder ihnen sonst alle Unterstützungsleistungen gestrichen werden. Auch Behinderte sollen in verstärktem Maß zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden, unter Androhung von Leistungsstrafungen.

Gleichzeitig wurde jedoch die Unternehmenssteuern weiter gesenkt, so daß Blair damit prahlen konnte. Big Business genießt in Britannien die niedrigste Besteuerung Europas. Das Wahlversprechen zur Einführung eines Mindestlohns wurde erstmalig auf die lange Bank geschoben. Eine Niedriglohn-Kommission wurde einberufen, um die Sache zu untersuchen und Empfehlungen auszuarbeiten. Ihr Vorsitzender, Prof. George Bain von der Londoner Business School, der übrigens selbst 500.000 DM im Jahr verdient, sagte, daß die Einführung eines Mindestlohns in diesem Jahrhundert nicht mehr wahrscheinlich ist.

Ein Wahlversprechen ist Blair jedoch fest entschlossen zu halten: daß die Gewerkschaften weiterhin durch die restriktive Gesetzgebung der entwickelten westlichen Welt geknebelt bleiben werden.

Studiengebühren

Ab September 98 sollen Studiengebühren von 2.600 DM jährlich für Universitätsstudenten eingeführt werden. Zwar sollen Familien unter einem Haushaltsinkommen von 40.000 DM davon befreit sein, doch dies wird dadurch ausgehebelt, daß gleichzeitig die Ausbildungsförderung (etwa wie BarfG) ab 1999 ganz gestrichen wird, wodurch Studierende entweder von ihrer Familie oder von Bankrediten abhängig werden. Die Barclay Bank schätzt, daß dann jeder Student die Uni mit durchschnittlich 55.000 bis 80.000 DM Schulden verläßt. Weitere Schätzungen gehen davon aus, daß solche Aussichten jährlich rund 80.000 Studenten von der Aufnahme eines Studiums abhalten werden. Diese Maßnahmen haben große Wut unter jungen Leuten und Eltern hervorgerufen. Sie werden die Bildungshemmnisse für Kinder aus Arbeiterfamilien

weiter verschärfen und auch als ein Signal gewertet, daß es mit dem kostenlosen Bildungssystem zusehnd geht.

Frühere konservative Regierungen haben zweimal etwas ähnliches versucht, wurden aber durch Proteste zum Rückzug gezwungen. Blair nutzt seine momentane Popularität und Honey-moon-Phase, um durchzusetzen, was die Tories nicht geschafft haben. Selbst der frühere Tory-Schatzkanzler Kenneth Clarke wundert sich: „Wie haben sie es geschafft, die Studiengebühren vom Paritätsgeschleiß zu lassen? ... Ich habe diese Idee immer abgelehnt, als Staatssekretär im Bildungsministerium wie als Schatzkanzler. Ich meine, nicht nur die Studenten profitieren von höherer Bildung, sondern auch die Gesellschaft.“

Vorstand entscheidet

Früher kamen Labour-Regierungen vor allem von Seiten der Gewerkschaften immer wieder unter Druck. Aber Blair hat viele Schritte unternommen, um die Partei dagegen abzusichern. Auf dem Parteitag im Oktober 97 wurde die Satzung dahingehend geändert, daß die Abgeordneten der Partei nicht länger rechenschaftspflichtig sind. Die Parteitage, und dadurch indirekt auch die Gewerkschaften, haben keinen Einfluß mehr auf Parteiprogramm und politik. Diese werden nun vom



Protest gegen Bildungs-kürzungen in London: Es regt sich der erste Widerstand gegen Labours konservative Politik.

Vorstand festgelegt und dem Mitgliedern bekanntgegeben.

Die Blair-Regierung hat den Prozeß der Rechtswende der Partei zur völlig kapitalistischen Partei noch beschleunigt. Mehr und mehr Arbeitern und Jugendlichen beginnt zu dämmern, daß die Blair-Regierung genauso unternehmerfreundlich ist wie ihre Vorgängerin. Die arbeiterfeindlichen Maßnahmen werden auf Dauer Opposition provozieren und die Leute zwingen, sich nach einer Alternative umzusehen, die nicht vom Großkapital abhängig ist. ■

Selbst gemäßigtere Gewerkschaftsführer wie der Vorsitzende der Eisenbahngewerkschaft, Lew Adams, haben angedeutet, daß die Gewerkschaften sich „nach anderen Möglichkeiten der parlamentarischen Interessenvertretung umsehen“ müssen. Die Sozialistische Partei (Schwesterpartei der SAV) hat sich den Neuaufbau einer Massenspartei der Arbeiterklasse zur Aufgabe gestellt, um eine sozialistische Alternative zur Marktwirtschaft anzubieten. ■

Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder/ macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmen und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor Konsequenzen der Gewerkschaften vor. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“. Deshalb wurde 1994 die SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV) von Gewerkschaften, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut: Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen, nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltschädigung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Wofür wir kämpfen

- Arbeit für Alle**
- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
 - ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
 - ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
 - ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
 - ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
 - ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
 - ★ Gleicher Lohn in Ost und West
 - ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
 - ★ Nein zu Privatisierungen
 - ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

 - ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - ★ Weg mit dem Paragraf 218
 - ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

 - ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
 - ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

 - ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
 - ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmen und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine ArbeiterInnen-nationale, zusammengeschlossen. Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Millardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandsseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Aus den Aachener Nachrichten vom 4. 10. 97:

Nr. 231 Samstag 4. Oktober 1997 A 1

Fünfzehn Mitglieder treten aus - Der Partei einen Rechtskurs vorgeworfen

Protest gegen die SPD

Von Nachrichten-Mitarbeiter Nils Wöhl
Aachen.
Exva 15 SPD-Mitglieder der Region Aachen sind unter Protest aus der Partei ausgetreten. Sie werfen der SPD vor einen Rechtskurs eingeschlagen zu haben.

Auf einer Pressekonferenz in der Gaststätte „Sedan-Eck“ sagte Anneliese Stanic, SPD-Mitglied seit 1974 und unter anderem bereits im Sozialausschuss der Stadt tätig, die SPD vertrete nicht mehr die Interessen der Arbeitnehmer. Die Sozialdemokraten seien „vollends ins Unternehmer-

lager übergewechselt“. Im Wahlkampf in Hanburg hätten Volker Scherhan und Schröder mit „rassistischen Äußerungen versucht, die Republikaner rechts zu überholen.“ Die SPD sei „für Arbeitnehmer und sozial Schwache nicht mehr zu gebrauchen.“

Eine neue Arbeiterpartei müsse aufgebaut werden. Sie und andere Genossinnen und Genossen, so Anneliese Stanic, würden deshalb der SAV - Sozialistische Alternative - beitreten, um sie zu einer solchen Partei aufzubauen. Die SAV zählt bundesweit 300 Mitglieder, 50 davon in Aachen. Sie will bei der Kommunalwahl 1999 antreten. Ebenfalls



Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infofon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Ich erteile VORAN e.V. eine

- Einzugsermächtigung über:**
- DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoführer, Anschrift

Kontobank, BIZ

Ort, Datum, Unterschrift
Bitte einsenden an: SAV, Hansaring 4, 50670 Köln

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Berlin**
- OG Treptow-Köpenick: Montags 19 Uhr, Alte Feuerwache, Grünauer Str. 9, Nähe S-Bahnhof Schönweide
 - OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
 - OG Wedding: Mittwoch 19 Uhr, Linienstr. Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
 - Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro
- Stuttgart**
- OG Mitte: Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
 - OG Süd-West: Mittwoch 19.30 Uhr, Jugendhaus Heshlach (Böblingen Str. 92)
 - Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro
- Frankfurt/Main**
- Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
 - Infos unter Tel.: (069) 453275
- Bremerhaven**
- Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
 - Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro
- Bremen**
- Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Weichsloß, Hassteder Osterdeich 230.
 - Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04
- Freiburg**
- Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Aachen**
- OG Ost: Montags, 19.30 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
 - OG Nord: Mittwoch, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
 - OG West: Mittwoch, 19 Uhr, Cafe WABE, Dritte-Wel-Haus, An der Schanz 1
 - Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro
- Kassel**
- OG West: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schächthof, Mombachstr. 12
- Rostock**
- Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
 - Infos unter Tel.: (0381) 499 65 90 im SAV-Büro
- Siegen**
- Mittwochs, 19 Uhr, Nordfränkischer Club, An der Unterführung (gehört der „Motte“, hinter dem Bahnhof)
 - Infos unter Tel.: (0271) 51291
- Köln**
- Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus-Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
 - Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

Spendenfonds

Ob Kampagnen gegen kommunale Kürzungen, Kampf gegen Nazis, Solidaritätsarbeit bei Streiks oder auch die Herausgabe dieser Zeitung - politische Arbeit kostet Geld: Flugblätter, Plakate, Telefon, Kopierer, Miere... Zur Finanzierung bitten wir die Leute um Spenden, die selber nicht gerade im Geld schwimmen: Menschen mit und ohne Arbeit, Sozialhilfeempfänger, Jugendliche und Rentner. Und wir bitten, von einem Einkommen etwas abzugeben, das immer knapper wird. Leider gibt es dazu gar keine Alternative. Den Kampf gegen Sozialabbau werden nicht diejenigen finanzieren, die den Sozialabbau betreiben. Geld für Gegenwehr gegen Kohl und Kapital können wir nicht aus dem Unternehmerlager erwarten. In welchem Umfang wir Gegenwehr organisieren können, in welchem Ausmaß wir Argumente für eine sozialistische Alternative verbreiten können, hängt nicht zuletzt von dem Geld ab, das uns zur Verfügung steht.

Deshalb: Deine Spende für die SAV - die beste Investition die es im Kapitalismus gibt! (Als einmaliger Betrag, als Förderabo, oder monatlich per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung.)

Spenden an: VORAN, Postbank Essen, Kto-Nr.: 2500 59-330, BLZ: 360 100 43

VORAN
Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitschrift - Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zu sozialistischen Demokraten e.V.
Verantwortliche Redakteur: Angela Bäcker
Erscheinungsweise: Monatshefte
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04, Fax 02 21/13 72 80
e-mail: SAVRI@AOL.com
Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto: 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)

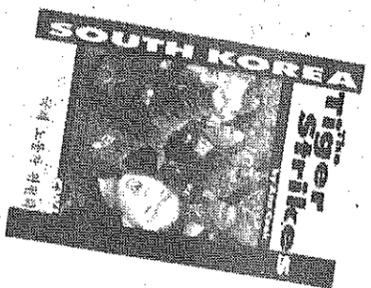
Name, Adresse, Telefon

Sonstige

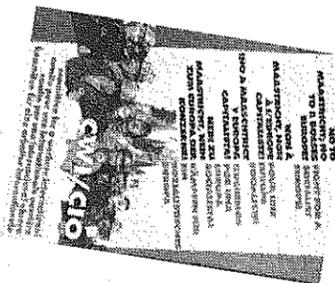
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale
Tel.: (0221) 134504
Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Offenbach/Main, Gelsenkirchen/Recklinghausen



Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei
SAV
Bundeskongreß der SAV 1997
8 DM



The Tiger Strikes Back. Englische Broschüre über die Streikbewegung in Südkorea
96 Seiten, 5 DM.



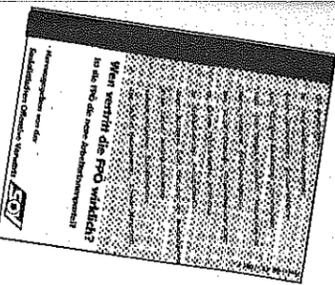
Uprising in Albania. Englische Broschüre über den albanischen Aufstand im Frühjahr 97. 32 Seiten, 4,50 DM.



Che Guevaras Vermächtnis - zum 30. Todestag des Revolutionärs.
20 Seiten, 2,50 DM.



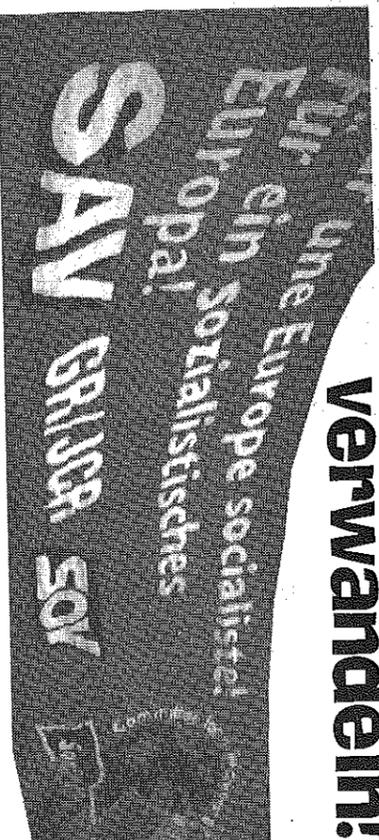
Uprising in Albania. Englische Broschüre über den albanischen Aufstand im Frühjahr 97. 32 Seiten, 4,50 DM.



Wenn vertritt die FPÖ wirklich? Buch der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV, Österreich), 70 Seiten, 7 DM

Bestellungen über die Bundeszentrale:
Bitte Preis der Broschüre + 3 DM Porto belegen oder auf das Konto überweisen (Kontonummer siehe Seite 10 unter Spendenfonds)

Wut in Widerstand verwandeln!



★ Gefahr von rechts – den Faschisten keine Ruhe ★ Ist die Umwelt noch zu retten? ★ Russische Revolution vor 80 Jahren ★ Che Guevara – der Mythos lebt weiter ★ Sozialismus - Alternative oder Utopie? ★ Es reicht – Frauen wehren sich ★ Gewerkschaftliche Strategie gegen Stellenabbau und Lohnrückerei ★ Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne ★

SAV Sozialismus- Wochenenden

mit Film, Tanz & Kultur ★ Essen & Trinken
★ Party & Musik ★ Ausstellung & Büchertisch ★ Kinderbetreuung

Berlin: 8./9. November, weitere Infos : (030) 4 40 84 29.
Stuttgart: 8./9. Nov., weitere Infos: (0711) 223 8823
Rostock: 22./23. November, Infos: (0381) 4996590
Infos über andere Orte unter (0221) 13 45 04
Köln: 6./7. Dezember, Bürgerzentrum Nippes. Infos: (0221) 85 88 57

BEI!!! VERANSTALTUNG ZUM 30. TODESTAG

Che Guevaras

Am 8. Oktober 1967 nahm eine kleine Einheit der bolivianischen Armee eine Gruppe von Guerilleros nahe dem Dorf La Higuera in Bolivien gefangen. Unter ihnen Ernesto Guevara de la Serna, in der ganzen Welt bekannt und populär als Che. Er wurde am darauffolgenden Tag auf Befehl eines CIA-Agenten hingerichtet.
Noch 30 Jahre nach seinem Tod lebt Che in den Herzen vieler Jugendlicher auf der ganzen Welt weiter.

Aus diesem Anlaß, um sein Vermächtnis weiterzutragen, aber auch über eventuelle Fehler von Che und die Rolle von Kuba und dessen Perspektiven zu diskutieren, organisierte die Treptower Stadtteilgruppe der SAV zusammen mit der Treptower „AG Junge GenossenInnen und bei der PDS“ eine Veranstaltung zu diesem Thema. Viele Jugendliche tragen zwar das Bild von Che auf ihren T-Shirts, wissen aber über Che und seiner Rolle bei der Kubanischen Revolution sehr wenig.
Obwohl wir nur sporadisch mit ein paar Plakaten und Flugblätter mobilisierten und ein wenig skeptisch waren, ob das ausgereicht hat, drängelten sich über 50 Jugendliche, aber auch ältere Bürger in den Raum und standen bis in den Fluß und die angrenzenden Nebenräume.
Inhaltlich sprachen wir bis auf ein oder zwei Ausnahmen die

gleiche Sprache, nämlich das Che ein heldenhafter, aufopfernder und unbestechlicher Internationalist und Revolutionär war. Nach wie vor ist er ein Symbol für den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Andererseits haben seine teilweise falschen Methoden und Fehler dazu geführt, die Energie vieler Jugendlicher in falschen Bahnen zu lenken, besonders in Lateinamerika.
Eine kontroverse Diskussion hatten wir mit einem PDS-Betriebsvorstandeten wegen seiner absolut unkritischen Unterstützung von Fidel Castro und der Birokratie auf Kuba.
Aber auch hier teilten die meisten Anwesenden unsere Position, daß die Revolution auf Kuba nur überleben kann, wenn es in ganz Lateinamerika zu sozialen und sozialistischen Bewegungen kommt und die kubanische Bevölkerung die undemokratische Birokratie wegwirft, um den Weg zum demokratischen Sozialismus frei zu machen.
Daß diese Veranstaltung rundherum gelungen war, zeigte uns nicht nur der große Beifall aller Anwesenden am Ende, sondern auch das große Interesse an unserem Material und intensive Diskussionen in der längeren Pause.

Alexander Tews, Berlin-Treptow

An alle SAV-Mitglieder und VORAN-LeserInnen „Eine Investition in die Zukunft!“

Das Jahr 1998 wird ein Jahr der Entscheidungen für uns. Wir können es schaffen, die dann 16jährige konservativ-liberale Koalition mit Helmut Kohl an der Spitze davon zu jagen. Wir haben es in der Hand, den EURO zum Fall zu bringen und damit das Projekt der Reichen für Lohnraub und Sozialabbau zu zerstören.

Ein gemeinsamer Kampf von KollegInnen und Kollegen, Jugendlichen, Rentnerinnen und Rentnern ist dafür vonnöten. Wenn wir der Propagandaschlacht von CDU/EDP und SPD im Wahlkampf 1998 etwas entgegensetzen wollen, brauchen wir neben unseren schlagkräftigen Argumenten auch eine halbwegs brauchbare technische Ausrüstung – statt Computern, die langsamer sind als Schnecken, oder Kopierern, die ständig nach einer Reparatur verlangen. Darum brauchen wir Euer Geld und bieten Euch dafür die sinnvollste Investition in die

Zukunft. Welche bessere Möglichkeit gibt es, das Weihnachtsgeld/13. Gehalt anzulegen als für den Kampf um eine bessere Gesellschaft?

Wir haben im Jahr 1997 die Kampagne „Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne“ organisiert und sind zur Demonstration nach Amsterdam gefahren. Wir führten viele regionale Kämpfe gegen Betriebschließungen oder Kürzungen im sozialen Bereich.
Darum haben wir einen großen Schritt getan, uns als neue Partei für ArbeiterInnen, Arbeiter und Jugendliche bekannt zu machen und aufzubauen.

Alle, die mit uns gemeinsam diesen Weg auch 1998 gehen wollen, sollten am besten sofort eine Einzugsvermächtnigung für die Jahresendspende oder aber für eine Dauerspende ausfüllen und abschicken (siehe gegenüberliegende Seite).

Christine, Rostock

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter-Internationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und

der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.
Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E9 5OX, GB
Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk



Aachen

Der Funke

sprang über

150 TeilnehmerInnen beim Sozialismus-Fest der Aachener SAV waren sich einig: „Super, das muß wiederholt werden“. Das Publikum reichte vom 13jährigen Schüler bis zum Rentner. Bei Diskussionsrunden zu aktuellen und historischen Themen wurde eine Antwort auf das Gejammer der etablierten Parteien gegeben. Ohne Übertreibung, aber selbstbewußt wurden nicht nur die Möglichkeiten für eine bessere Gesellschaft aufgezeigt sondern auch die Bereitschaft zur Gegenwehr national wie international so überzeugend angeführt, daß auch diejenigen, die mit etwas Pessimismus gekommen waren, angesteckt wurden. Internationale Gäste aus Belgien und Frankreich sowie die vielen anwesenden ImmigrantInnen zeigten den internationalistischen Charakter des Festes.

Bei einigen Themen wie „80 Jahre Russische Revolution“ gab es zwar unterschiedliche Einschätzung im Publikum über die Gründe für die Entartung der russischen Revolution und die Rolle Stalins, aber die Auseinandersetzung blieb sachlich, und spätere Vertiefung dieser historischen wichtige Zeitschnitte wurden vereinbart.

35 BesucherInnen bekundeten ihr Interesse an der SAV und möchten weitere Informationen haben.

Bei der Mobilisierung für das Fest hatte die Parole „Eine neue Arbeiterpartei aufbauen“ im Vordergrund gestanden und war auf viel Interesse gestoßen. Diese Diskussion wurde auch auf den Veranstaltungen geführt. Viele meinten, daß es höchste Zeit dafür sei.

Besondere Aufmerksamkeit bekam das Fest dadurch, daß einige Woche zuvor einige langjährige SPD-Mitglieder ihren Austritt erklärten und öffentlich auftraten, in die SAV einzutreten, um gemeinsam eine neue Arbeiterpartei aufzubauen.

Dies und die Tatsache, daß die Aachener SAV die Kandidatur bei den Kommunalwahlen 1999 bekommen gab, verschaffte unserem Fest ein großes Echo in den lokalen Medien. Schlagzeilen wie „Konkurrenz für die SPD?“ oder „SAV will in den Rat“ wirkten mobilisierend für das Sozialismus-Wochenende, was in der Presse zu Recht als Wahlkampfraukt der SAV angekündigt wurde.

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 194 November 1997

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der

SAV

Sozialistische Alternative

Berliner PDS = statt Anpassungskurs ...

NEIN ZUR PRIVATISIERUNG

Die Große Koalition aus SPD und CDU in Berlin plant bekanntlich, in einer bundesweit beispiellosen Privatisierungswelle das gesamte städtische Eigentum zu verkaufen. Von der PDS haben die Unternehmer und ihre Parteienvertreter wenig Widerstand zu befürchten. Nachdem die PDS im Bundestag der Abschaffung der Gewerbesteuer zustimmte, schreckt die PDS auch in Berlin davor zurück, den Kampf gegen den weiteren Sozialabbau aufzunehmen.

Aron Amm, Berlin

In den nächsten Wochen müssen die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV'en) ihre Haushalte für 1998 beschließen. Der Berliner Senat setzt den Bezirken dramatisch zusammengestrichene Etats vor: Im Prenzlauer Berg zum Beispiel Etatkürzungen um 39,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dennoch stimmen die PDS-Stadterordneten zum ersten Mal mehrheitlich für den Haushalt. Und das, obwohl der Prenzlauer Berg heute schon zu den ärmsten Bezirken der Bundeshauptstadt zählt.

In Ost-Berlin ist die PDS die stärkste Partei. In vier Bezirken hat sie die Mehrheit in der BVV: In Hellersdorf, in Hohenschönhausen, Marzahn und Lichtenberg. In Marzahn stimmt zwar die Mehrheit der PDS-Fraktion gegen den Haushaltsentwurf, aber die PDS-Stadträte werden mit den Stimmen der anderen Parteien den Kürzungshaushalt durchboxen. In Lichtenberg beugt sich die PDS auch dem Spardiktat des Senates. Ihr PDS-Bürgermeister Friedersdorf entschuldigt das so: „Wir hätten mitgemacht, wenn auch

andere Bezirke einen Konfrontationskurs eingeschlagen hätten“ (Tagesspiegel 14.10.97).

In Hellersdorf und Hohenschönhausen macht die PDS zum „Mehrbedarf“ immerhin einen Bestandteil des Haushaltsplanes. Allerdings ist auch das noch kein „bedarfsgerechter Haushalt“. Ein bedarfsgerechter Haushalt kann nur von den Beauftragten und Betroffenen im Bezirk selber aufgestellt werden. Darum hat die SAV 'Trotz-Köpenick' im letzten Herbst eine Stadtteilverammlung initiiert. Darum hat die SAV 'Wedding' zusammen mit anderen Gruppen und Einrichtungen eine Stadtteilinitiative ins Leben gerufen. Aber auch dabei kann man nicht stehen bleiben. Diese Schritte schaffen nur die Voraussetzungen dafür, die Betroffenen für ihre Interessen zu mobilisieren.

Das einzige, was mehr Gelder für mehr Kitas oder Schulen schafft, ist der Kampf um diese

Gelder — gegen den Senat. Darum hat unsere Partei im letzten Winter Proteste und Demonstrationen vor verschiedenen Bezirksräthusern mitangestoßen. Wenn die PDS und die Gewerkschaftsführung dies aufgegriffen hätten, wäre es möglich gewesen, einen breitweiligen Streik und Protesttag gegen den Senat durchzuführen. Die SAV hatte damals erklärt, daß der Senat keine Spar-, sondern eine Umverteilungspolitik betreibt. So muß die Stadt den Banken bei spielsweise Tag für Tag Zinsen in Höhe von 14 Millionen Mark zahlen!

Inzwischen gibt jeder vierte Berliner bei der Frage nach dem größten Problem der Stadt die Politiker an (Meinungsforschungsinstitut Forsa im September 97). Mit Sicherheit zählen immer mehr ArbeiterInnen und Jugendliche auch die PDS dazu.



Wohin geht die PDS?



SAV aktiv gegen Privatisierung - Mitmachen!

Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Privatisierung hatte die SAV Prenzlauer Berg im Oktober eingeladen. Es kamen knapp vierzig Besucher, unter ihnen mehrere AnwohnerInnen, Betroffene und Personalräte der Gasversorger, der Krankenhäuser und des Gartenbauamtes. Auf dem Podium saßen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses von SPD und PDS, Brigitte Zick (Mitglied der Großen Tarifkommission der ÖTV) und Antje Zander (SAV).

Es überraschte kaum, daß die SPD den Privatisierungskurs verteidigte: „Wir kommen doch an Kürzungen nicht vorbei.“ Aber auch die PDS, vertreten durch Stefan Lieblich (MDA und Vorsitzender der PDS-Marzahn), lehnte nicht jede Form von Privatisierung ab: „Sind Privatisierungen für den Nutzer gut? Mal ja, mal nein. Zum Beispiel die Telekom: Warten Sie mal ab. Früher oder später werden die hohen Gewinne ausgeschüttet und kommen den Nutzern zugute.“ Darüber hinaus erklärte Stefan Lieblich: „Solange kein Protest da ist, können wir ihn nicht künstlich erzeugen.“

Am Schluß der Veranstaltung entschied die SAV, den Protest gemeinsam mit AnwohnerInnen und Betroffenen, am Tag der nächsten BVV-Sitzung vor das Rathaus zu tragen. Bei der Spendensammlung für die SAV kamen 62.70 DM zusammen.

In den Wochen vor der Veranstaltung hatte die SAV Prenzlauer Berg 200 Plakate im Klez aufgehängt und 800 Unterschriften gegen Privatisierung gesammelt. In vier Kitas wurden die Unterschriftenlisten ausgelegt. Vor den verschiedenen Einrichtungen, von der Stadtreinigung bis zu den Gasbetrieben, wurden Flugblätter verteilt. Jede Woche wurden zwei Straßenaktionen mit Infotisch, Stellwänden und Megaphon durchgeführt. Vier neue Mitglieder traten der SAV-Ortsgruppe während der Kampagne bei, damit haben sich seit Anfang des Jahres insgesamt 13 neue Leute bei der SAV im Prenzlauer Berg organisiert.